



LMV / Herbstkongress
der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen

- Politik im ländlichen Raum -

24.-26.09.2010
Stade

READER

Inhaltsverzeichnis

Einladung.....	3
vorläufige Tagesordnung.....	4
Wegbeschreibung.....	5
Anträge.....	6
Politik im ländlichen Raum.....	6
L1 Freie Fahrt für freie Bürger_innen!.....	6
Ä1-6 zu L1 Änderungsanträge zu „Freie Fahrt für freie Bürger_innen!“.....	7
L2 Sonder-ÖPNV im ländlichen Raum – Mobilität und soziale Teilhabe.....	9
L3 Ja zum Rad.....	10
L4 Kein ruhiges Hinterland für Nazis und Rassist_Innen!.....	11
L5 Tradition hinterfragen: Schützenvereine kritisieren.....	14
L6 Schützenvereine: Soziale Verantwortung stärken - Diskriminierung ächten.....	17
L7 Jugendförderung auf dem Land - Jugendräte etablieren.....	18
Ä7 zu L7 Änderungsantrag zu „Jugendförderung auf dem Land – Jugendräte etablieren“.....	18
Verschiedenes.....	19
V1 Antrag auf Änderung der Landesschiedsordnung.....	19
V2 Der Fall der Symphonie - was Nazis und Rocker verbindet.....	20
V3 Verriegelt die Drehtür - Intransparentem Lobbyismus und verdeckter Einflussnahme konsequent entgegentreten!.....	21
Ä8-9 zu V3 Änderungsanträge zu „Verriegelt die Drehtür“.....	23
V4 Nie wieder Krieg!.....	24
V5 Versammlungsfreiheit ist Grundrecht – für ein wirkliches Versammlungsgesetz!.....	31
V6 Wissen was drin ist. Auch wenn es doof ist.....	33
V7 Vermeidung der Abhängigkeit vom Öl – Förderung nachhaltiger Stoffe.....	34
V8 Satzungsreform 2010.....	34
V9 Organspende-Antrag.....	35
Ä10 zu V9 Änderungsantrag zum Organspende-Antrag.....	36
V10 We don't need no Plastic Planet: Plastikgebrauch minimieren!.....	37
Ä11 zu V10 Änderungsantrag zu: We don't need no Plastic Planet.....	38
Bewerbungen.....	39
Igel - Christopher Kewitz.....	39

Einladung

Liebe Igel,

wir freuen uns auf die diesjährigen Herbst LMV in Stade mit euch.

Das Thema, das wir an diesem Wochenende schwerpunktmäßig behandeln, habt ihr euch ausgesucht und es ist "Politik im ländlichen Raum" geworden.

Die Anträge zum Thema findet ihr als L Anträge gekennzeichnet in diesem Reader, die V-Anträge behandeln verschiedene andere Themen.

Änderungsanträge (die ihr unter dem Kürzel Ä findet) könnt ihr bis zur Behandlung des jeweiligen Antrags stellen, bedenkt aber bitte, dass je früher ihr das tut, desto eher die Anderen dazu kommen, eure ÄA auch zu lesen und zu diskutieren.

Auch bei dieser LMV werden wir wieder wählen: eine nachgewählte Schatzmeisterin, da Nele unseren Landesvorstand leider verlässt, die Igel Redaktion (4-6 Plätze, quotiert) und eine/einen BeisitzerIn für das Landesschiedsgericht (sowie VertreterInnen).

Falls ihr euch bewerben möchtet, aber dazu noch Fragen habt, wissen wollt, was man da so genau eigentlich macht oder euch einfach noch nicht sicher seid, meldet euch einfach bei uns unter gjn-lavo@gj-nds.de

Bitte denkt daran, folgendes mitzubringen:

Schlafsack, Isomatte, Handtuch, Schreibzeug, Ladekabel fürs Handy, Ohropax, damit ihr schlafen könnt, falls ihr wollt, Zahnbürste und Co, Regenfeste Klamotten, falls das Wetter uns im Stich lässt, alles, ohne das ihr sonst ein Wochenende nicht leben könnt ;-)

Letztes Mal haben wir versucht, die LMV statt über einen Teilnahmebeitrag über freiwillige Spenden zu finanzieren. Das hat leider überhaupt nicht geklappt, so dass wir nun zur alten Methode zurückkehren müssen und einen Teilnahmebeitrag von 20 Euro p.P. Für das Wochenende erheben müssen (wenn ihr nur teilweise da seid, verringert sich der Betrag entsprechend).

Für inhaltliche Debatten über Anträge nutzt gerne unsere Debattenliste gjn-debatte@gj-nds.de

Bei weiteren Fragen jeglicher Art sind wir natürlich gerne für euch da, schreibt uns eine Mail unter gjn-lavo@gj-nds.de und wir melden uns dann bei euch.

LMV-Etikette

Wenn viele Menschen zusammen kommen und ein Wochenende miteinander verbringen, kommt mensch leider nicht völlig ohne Regeln aus. Wir bitten euch, die folgenden Punkte durchzulesen und zu beherzigen.

Im Allgemeinen gilt: Achtet aufeinander, nehmt Rücksicht auf andere und kümmert euch!

Sollte es mal Probleme geben, dann scheut euch nicht, zum LaVo oder einer anderen Vertrauensperson zu kommen, damit wir die Situation gemeinsam lösen können. So kann es für alle eine tolle, interessante und friedliche LMV werden.

- Schreibt auf eure Stimmkarte und die Rückseite eures letzten Stimmzettels euren Namen – verlorene Stimmzettel können nicht ersetzt werden!
- Wenn ihr während Debatten etc. wichtiges zu besprechen habt, geht bitte vor die Tür – ständige Nebengespräche nerven
- **Wascht** und **trocknet** euer Geschirr ab und räumt es selbst weg, wischt gegebenenfalls den Tisch ab
- Die Turnhalle ist zum Schlafen gedacht, seid daher bitte ruhig und verlegt Diskussionsrunden in die Tagungsräume

Auf spannende Debatten und konstruktive Lösungen, interessante Workshops und nette Abende mit euch freuen sich

Jan, Jil, Julian, Lia, Maxi, Nele, Steffen und Svenja

vorläufige Tagesordnung

Freitag 24.09.

- bis 18.00 Uhr Ankunft
- 18.00-18.30 Uhr Begrüßung
- 18.30-19.30 Uhr Neulingstreffen
 - Basisgruppenvernetzungstreffen
 - K-Igel
- 19.30-20.30 Uhr Frauen- und Männertreffen
- 21.00-22.00 Uhr Gendertreffen
- 22.00-23.00 Uhr Antragsdiskussion
- 23.00-23.30 Uhr Antragssteller_innentreffen
 - Präsidiumstreffen
- ab 23.30 Uhr Abendausklang

Samstag 25.09.

- 08.30-09.00 Uhr Frühstück
- 09.00-12.00 Uhr Workshopphase
- 12.00-13.00 Uhr Mittagessen
- 13.00-15.00 Uhr Antragsdiskussion
- 15.00-16.30 Uhr Selbstorganisierte Kleingruppenphase I
- 16.30-18.00 Uhr Selbstorganisierte Kleingruppenphase II
- 19.00-23.30 Uhr Aufnahme der LMV
 - Selbstverständnisankündigung
 - Rechnungsprüfung
 - Berichte
 - Wahlen: IGEL, Landesschiedsgericht- & Lavo-Nachwahl
 - Ankündigungen
 - V-Anträge
- ab 23.30 Uhr Party/Spielabend

Sonntag 26.09.

- ab 08.30 Uhr Frühstück
- 09.30-12.00 Uhr Fortsetzung LMV / V-Anträge
- 12.00-13.00 Uhr Mittagessen
- 13.00-15.00 Uhr Fortsetzung LMV
- Ende, wann Schluss ist (ca. 17.00 Uhr)

Wegbeschreibung

folgt

Anträge

Politik im ländlichen Raum

L 1

L1 Freie Fahrt für freie Bürger_innen!

Antragsteller: Julian König

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert ein kostenloses Beförderungssystem in Deutschland. Die Möglichkeit mobil zu sein und kleine sowie große Strecken innerhalb Deutschlands zurück zu legen, ist als Grundrecht von Bürger_innen und als Grundvoraussetzung für eine funktionierende Gesellschaft anzusehen. Wohnort, soziale Stellung, Alter, körperliche Beschaffenheit und verfügbare finanzielle Mittel sollten keinen Einfluss auf die persönliche Mobilität haben.

Wir fordern deshalb ein vom Staat finanziertes und verwaltetes Mobilitätssystem, das sich in drei Säulen aufgliedert:

- 10 • Stadtverkehr mit Bussen und (Straßen-)Bahnen
- Nahverkehr mit Sammeltaxen und Kleinbussen
- Fernverkehr mit Bahnen

Deutsche (Groß-)Städte verfügen bereits meist über ein umfangreiches öffentliches Personen-Nahverkehrs-Netz. Diese Netze können übernommen werden und müssen selbstverständlich gepflegt und gegebenenfalls modernisiert und ausgebaut werden. In schwächer besiedelten Gebieten, in denen der Betrieb eines Verkehrsnetzes mit herkömmlichen Bussen zu kostenintensiv für nur wenige Fahrgäste wäre, muss eine Beförderungsmöglichkeit durch ein System mit Sammeltaxen und eventuell Kleinbussen gegeben werden. Diese würden nur bei Anruf einer zentralen Verwaltungsstelle eine möglichst effizient geplante Route abfahren. Diese Beförderungsart kann auch in Städten, in denen ein Verkehrsnetz mit Bussen und Bahnen existiert, zu Zeiten von geringem Verkehrsaufkommen, z.B. nachts und am Wochenende, eingesetzt werden.

Doch nicht nur der Nahverkehr soll kostenfrei angeboten werden. Auch der Fernverkehr mit Bahnen soll vom Staat verwaltet werden und gratis nutzbar sein, damit jede_r jeden Ort in Deutschland erreichen kann ohne etwas zu zahlen.

Die Beförderung von Personen mit Behinderungen, die ihre Mobilität einschränken, muss jeder Zeit gewährleistet sein. Die Verkehrsmittel müssen barrierefrei zugänglich sein. Zudem müssen diese Personen das Recht haben, ein Taxi, das sie befördern kann, zu rufen, mit dem sie gratis zu ihrem Ziel oder der Haltestelle eines barrierefreien Verkehrsmittels gebracht werden.

Durch diese Maßnahmen können viele positive Effekte erzielt werden. So wird der für die Umwelt schädliche Individualverkehr mit dem Auto stark zurück gehen. Auch die Anzahl innerdeutscher Flüge würde abnehmen. Natürlich darf nicht außer Acht bleiben, dass öffentlicher Verkehr auch Energie verbraucht und Schadstoffe freisetzt, allerdings in weitaus geringeren Mengen pro Fahrgast. Des Weiteren würden ländliche Regionen davon profitieren. So wird das Leben auf dem Land nicht mehr heißen, gleichzeitig auf ein Auto angewiesen zu sein, um die nächste größere Stadt zu erreichen. Zudem besteht die Chance für ländliche Gebiete als Naherholungsgebiet Menschen aus der Stadt anzuziehen. Senior_innen aus der Stadt, die sonst nicht mehr mobil wären, könnten so leicht Ausflüge aus der Stadt hinaus machen.

Die Etablierung und der Betrieb eines solchen Systems ist selbstverständlich sehr aufwändig und kostenintensiv. Deshalb muss die Umstellung über Jahre hinweg und in mehreren Stufen erfolgen. Die Verwaltung und Organisation sollen ständig kontrolliert, bewertet und

verbessert werden. Das endgültige Verkehrssystem muss aus verschiedenen Gründen (Umweltschutz, Energieeinsparung, Kostenreduktion) so effizient wie möglich betrieben werden und ständig durch neue Technologien und Erkenntnisse optimiert werden.

5 Die finanziellen Mittel könnten durch verschiedene Maßnahmen aufgebracht werden: Beispielsweise durch eine massive Erhöhung der Besteuerung des Individualverkehrs, da niemand mehr wirklich darauf angewiesen ist, und durch eine sozial verträgliche Erhöhung von verschiedenen Steuerarten, weil Privatpersonen aber auch Unternehmen viele Kosten sparen würden.

10

Ä1-6 zu L1

Ä1-6 zu L1 Änderungsanträge zu „Freie Fahrt für freie Bürger_innen!“

Ä1 Antragsteller: Pat Drenke

„Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert ein kostenloses Beförderungssystem in Deutschland.“

ändern in

„Die GRÜNE JUGEND NIEDERSACHSEN fordert ein kostenloses öffentliches Beförderungssystem landesweit, sowohl in den Kommunen, als auch überregional.“

Begründung: Für Fragen mit Bezug zur Bundesebene ist der BuKo zuständig. Als GJN ist unser Haupt-Arbeitsfeld das Land Niedersachsen.

Ä2 Antragsteller: Pat Drenke

„Deutsche (Groß-)Städte verfügen bereits meist über ein umfangreiches öffentliches Personen-Nahverkehrs-Netz. Diese Netze können übernommen werden und müssen selbstverständlich gepflegt und gegebenenfalls modernisiert und ausgebaut werden.“

ändern in

„Städte verfügen größtenteils über ein umfangreiches ÖPNV-Netz. Dieses muss so ausgebaut werden, dass niemand mehr als 500m bis zur nächsten Haltestelle zurücklegen muss.“

Begründung: 500 Meter ist die allgemein als zumutbar anerkannte Entfernung, die Menschen aller Bevölkerungsgruppen zu relevanten Einrichtungen (Nahversorger, Haltestellen, ...) zurücklegen können.

Der zweite Satz erübrigt sich, da ja kein komplett neues Netz gebaut wird, in das die vorhandene Infrastruktur eingebunden wird, sondern die vorhandenen Bauten die Grundlage für ein erweitertes Netz bilden.

Ä3 Antragsteller: Pat Drenke

„Doch nicht nur der Nahverkehr soll kostenfrei angeboten werden. Auch der Fernverkehr mit Bahnen soll vom Staat verwaltet werden und gratis nutzbar sein, damit jede_r jeden Ort in Deutschland erreichen kann ohne etwas zu zahlen.“

streichen

Begründung: Diese Forderung ist im ersten Absatz bereits enthalten.

Ä4 Antragsteller: Pat Drenke

„Zudem müssen diese Personen [in der Mobilität Eingeschränkte, Anm. Pat] das Recht haben, ein Taxi, das sie befördern kann, zu rufen, mit dem sie gratis zu ihrem Ziel oder der Haltestelle eines barrierefreien Verkehrsmittels gebracht werden.“

streichen

Begründung: In der Mobilität eingeschränkter Personen (RollstuhlfahrerInnen etc.) soll es selbstverständlich ermöglicht werden, Haltestellen durch barrierefreie Zugänge erreichen zu können. Eine Fahrbereitschaft ist jedoch unpraktisch und nicht zielführend, da ein Erreichen der Haltestellen auch ohne Taxi möglich sein muss (s. hierzu auch 500m – Ansatz oben). Ansonsten müsste auch über Fahrbereitschaften für alte Menschen, Schwangere, Menschen mit Kinderwagen, etc. diskutiert werden. Ein selbständiges Erreichen der Haltestellen ist keine Unzumutbarkeit sondern eine Selbstverständlichkeit.

Für Menschen mit starken körperlichen und geistigen Einschränkungen, die die Haltestellen nicht aus eigener Kraft erreichen können, gibt es bereits heute Fahrangebote im Rahmen der Betreuung.

Ä5 Antragsteller: Pat Drenke

„Die finanziellen Mittel könnten durch verschiedene Maßnahmen aufgebracht werden: Beispielsweise durch eine massive Erhöhung der Besteuerung des Individualverkehrs, da niemand mehr wirklich darauf angewiesen ist, und durch eine sozial verträgliche Erhöhung von verschiedenen Steuerarten, weil Privatpersonen aber auch Unternehmen viele Kosten sparen würden.“

ändern in

„Die finanziellen Mittel könnten durch verschiedene Maßnahmen aufgebracht werden: Beispielsweise durch eine massive Erhöhung der Besteuerung des Individualverkehrs, weniger Aufwendungen für den Ausbau von Fernstraßen und nicht zuletzt durch das Wegfallen von Verwaltungsaufwand und Werbekosten im ÖPNV-Bereich.“

Ä6 Antragsteller*in: Alexander Steffens

„Das endgültige Verkehrssystem muss aus verschiedenen Gründen (Umweltschutz, Energieeinsparung, Kostenreduktion) so effizient wie möglich betrieben werden und ständig durch neue Technologien und Erkenntnisse optimiert werden.“

ergänzen durch:

„Dies darf allerdings nicht auf Kosten der Arbeitsbedingungen und Löhne der Beschäftigten, sowie die Sicherheit aller Beteiligten gehen. Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen stellt sich auch hier gegen eine menschenfeindliche Wirtschaftsweise, in der nur das Primat der Effizienz und der Kostenersparnis zählt.“

Begründung:

Kosteneinsparungen und eine effiziente Wirtschaftsweise werden oftmals dadurch erreicht, dass den Beschäftigten Löhne gezahlt werden, von denen sie nicht leben können, die von unangenehmen Arbeitsbedingungen begleitet werden. Das war mit dem Antrag vermutlich nicht gemeint, daher wird eine genaue Positionierung durch diesen Änderungsantrag herausgestellt.

L2 Sonder-ÖPNV im ländlichen Raum – Mobilität und soziale Teilhabe

5 Antragsteller: Gregor Möllring

Die mangelnde Mobilität durch fehlende ÖPNV-Infrastruktur, besonders im ländlichen Raum, hindert viele Menschen daran, am kulturellen und sozialen Leben teil zu haben, das sich mehr und mehr in größeren Städten konzentriert. Besonders bei Abend- oder
10 Nachtveranstaltungen und an Wochenenden sind Menschen vom Dorf in der Regel auf motorisierten Individualverkehr angewiesen, was nicht nur finanziell und ökologisch unsinnig ist, sondern auch gefährlich sein kann, wenn vorher Alkohol konsumiert wurde. Die Kommunen müssen deshalb dafür Sorge tragen, dass ein Sonder-ÖPNV an Wochenenden bereitgestellt wird, der bedarfsgerecht bestimmte Strecken entlang der Buslinien abfährt. Die
15 Größe der Fahrzeuge kann dabei der Anzahl von vorher telefonisch angemeldeten Fahrgäste angepasst werden und sorgt so für ökonomische und ökologische Effizienz. Als Beispiele können hier Rufbusse, die nur auf Anfrage fahren, oder Anruf-Sammel-Taxen dienen. Der Sonder-ÖPNV sollte über kommunale Verkehrsbetriebe angeboten werden und sich der Preisstruktur der normalen Buslinien anpassen. Jahres- oder Monatskarten, Semestertickets und normale Fahrkarten sollen auch hier gelten. Gegebenenfalls kann ein
20 geringer Nachzuschlag erhoben werden. Die Kommunen tragen die Verantwortung für die Bereitstellung einer Grundversorgung und beteiligen sich deshalb mit einem angemessenen finanziellen Zuschuss an den entstehenden Mehrkosten. Die Kosten hierfür können die Kommunen teilweise über erhöhte Gewerbesteuer-Hebesätze für Kneipen, Discos und
25 andere Alkohol ausschenkende Gastronomien decken, die sich somit an den Fahrtkosten ihrer KundInnen beteiligen.

L3 Ja zum Rad

Antragsteller: Pat Drenke

5

Die Grüne Jugend Niedersachsen fordert:

Entlang sämtlicher Land- und Bundesstraßen in Niedersachsen sollen Fahrradwege gebaut bzw. vorhandene ausgebaut und ein einheitliches Netz von Wegweisern etabliert werden.

Begründung:

- 10 Die immer neuen Klimaberichte der Vereinten Nationen beweisen, dass die Gefahr, die vom Klimawandel ausgeht, heute größer ist denn je. Doch nicht nur ökologische, auch gesundheitspolitische Zielsetzungen lassen sich nicht erreichen, wenn wir weiter nur aufs Auto setzen. Fettleibigkeit, hoher Blutdruck, Antriebslosigkeit und viele andere Zivilisationskrankheiten lassen sich auf zu wenig Bewegung im Alltag zurückführen. Wer
- 15 hingegen Sport treibt, neigt wesentlich weniger dazu, dieses Schicksal zu erleiden. Das Fahrrad ist demnach ein Fortbewegungsmittel, welches nicht nur die Umwelt schützt, sondern auch zur Verbesserung der physischen Kondition der Menschen beiträgt. Besonders in den Städten wird der Drahtesel mehr und mehr zu einer Selbstverständlichkeit. 27% der SchülerInnen bis 18 Jahre benutzen beispielsweise in Hannover das Fahrrad als
- 20 hauptsächliches Verkehrsmittel. Als Jugendverband ist es uns somit ein Anliegen, junge Menschen weiter zur Benutzung des Rades zu animieren. Wir setzen uns dafür ein, dass dies nicht nur in den Städten passiert, sondern auch auf dem Lande. Leider ist es in vielen Regionen bis heute nicht möglich, gefahrlos von einem Dorf ins nächste zu gelangen. Der Grundbaustein für eine ökologische und gesunde Mobilität auf dem Land in Niedersachsen
- 25 ist somit der Ausbau der Radwege entlang der Land- und Bundesstraßen. Finanzierung: Der Ausbau des Radwegenetzes soll anstatt groß angelegter Autobahn-Projekte in Angriff genommen werden. Zudem kann die Sanierung bzw. der Neubau von Fahrradfernwegen im Rahmen der ohnehin nötigen Arbeiten an den Land- und Bundesstraßen umgesetzt werden.

L4 Kein ruhiges Hinterland für Nazis und Rassist_Innen!

Antragsteller_Innen: Julia Willie Hamburg

5

Eine Dorfgemeinde feiert ein Fest gegen Nazis, um sich gegen Faschist_Innen in ihrer Stadt zu stellen. Ein bekannter, aber etablierter Neonazi verkauft auf diesem Fest die Würstchen.

10 Einige Kilometer weiter: Ein Grüner Wahlkampfstand muss unter Polizeischutz aufgestellt werden, weil sich keine Partei aufgrund einer etablierten und erstarkten Rechten mehr traut, alleine auf dem Marktplatz zu stehen. Er bleibt, neben dem NPD-Wahlkampfstand auch der einzige, der auf dem Marktplatz stehen wird.

Einige Kilometer weiter: Eine Razzia lässt einen Dorfbekanntem Naziring hochgehen. Es werden Waffen konfisziert, die Jugendlichen werden festgenommen. „Überzogen“, sagt ein Dorfbewohner als Reaktion der Presse. Das Dorf zieht keine Konsequenzen.

15 Einige Kilometer weiter: Ein 'Interessensgemeinschaft junger Leute', die sich für das Wohl und die Interessen ihrer Heimat einsetzen, treten mit offenen, neonazistischen Tattoos, Slogans und Kleidung im Dorfbild auf. Sie nehmen an allen Veranstaltungen und Festen teil und versuchen sich auf diese Weise im Dorf zu etablieren. (...)

20 Diese und ähnliche Ereignisse passieren bei uns um die Ecke. Nicht nur weit weg, sondern vor unserer Haustür versuchen Nazis Fuß zu fassen und sich zu etablieren. Und gerade Dorfgemeinschaften sehen sich solchen Entwicklungen teilweise hilflos ausgesetzt. Antifaschismus auf dem Dorf – wo wenig anonym passiert, jede_R Nachbar_In eine_N kennt – bedarf besonderem Mut und besonderer Unterstützung. Deshalb wollen wir, die GRÜNE JUGEND Niedersachsen, uns offen an die Seite progressiver, politischer Gruppen stellen, die sich der Etablierung rechten Gedankenguts in ihrem Dorf, in ihrem Kreis, ihrer Region aber auch ihrer Stadt entgegenstellen.

(K)Ein ruhiges Hinterland

30 Im Vergleich zu antifaschistischen Bewegungen in den Städten erschweren im ländlichen Raum einige Grundbedingungen die Bildung von starken, antifaschistischen Gruppen. So herrscht in etablierten Teilen von Dorfgemeinschaften eine tradierte Kultur von reaktionären Werten wie Rassismus, Homophobie, Sexismus und Antisemitismus vor, die das Aufzeigen und Erkennen von faschistoiden Gruppen innerhalb einer solchen Gemeinschaft erschwert und einen Nährboden für solche darstellen kann. Seit Jahren machen sich organisierte Neonazis die traditionelle Sozialstruktur und ihre Institutionen in Niedersachsens Dörfern und

35 Gemeinden der ländlichen Gegenden gezielt zu Nutze und suchen hier ihre Nester auf dem Rückzug vor antifaschistischem Engagement in den Städten. Kameradschaften, Autonome Nationalist_Innen aber immer wieder auch den Anschein von Bürgerlichkeit während parteipolitisch organisierte Nazis aus NPD und DVU finden im ländlichen Raum leider oft genug ein ruhiges Hinterland, von dem aus sie agieren und ihre menschenverachtende

40 Propaganda unter die Bevölkerung mischen können.

Strategien erkennen und enttarnen

Sie verfolgen dabei unterschiedliche Strategien: manche nutzen nur ein Klima des Desinteresses, um wenigstens an ihrem Wohnort in Ruhe gelassen zu werden oder aber auch um sich eine Lebenswelt mit einer faschistoiden Subkultur zu etablieren, das nach und

45 nach zuzieht. So ist bspw. Bad Lauterberg im Vorharz mittlerweile mit einer festen Infrastruktur einer sich etablierenden neofaschistischen Subkultur durchzogen. Die organisierten Neonazis machen sich hier den fehlenden Widerstand zu nutze, um sich frei entfalten zu können. Im ländlichen Raum kann dabei oft genug auf private Infrastruktur und Vermögen zugegriffen werden, um auch überregionale Events für die Neonaziszene zu

50 organisieren, wie etwa auf dem Hof Nartz in Eschede bei Celle auf dem zwei mal jährlich eine völkische Sonnenwendfeier mit Feuer stattfindet.

Auf der anderen Seite versuchen Nazis auch immer wieder an die etablierten Strukturen im

ländlichen Raum anzudocken und sie zu unterwandern, um ihr menschenverachtendes Weltbild subversiv in der Mehrheitsgesellschaft zu etablieren. „Kampf um die Köpfe“ nennt das die NPD in ihren Leitlinien für politisches Handeln für Mitglieder und empfiehlt diesen explizit, nicht anzuecken, sondern sich in die gängigen Strukturen zu integrieren, um das eigene faschistische Bild von innen in die Gruppen bringen zu können. Plötzlich stört es nicht mehr, wenn der Fußballtrainer oder der Kollege bei der freiwilligen Feuerwehr ein Nazi ist – er war ja immer voll integriert. Viel zu oft funktioniert diese Taktik der organisierten Nazis.

Kein Fußbreit den Nazis – nicht hier und nirgendwo

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen sagt der Unterwanderung des ländlichen Raums durch Nazis und Rassist_Innen den Kampf an! Es gibt kein ruhiges Hinterland für Nazis! Überall wo sie und ihre Organisationen versuchen sich zu etablieren werden wir uns ihnen entschieden und entschlossen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenstellen! Dazu entwickeln wir ein Konzept, wie der planvollen faschistischen Subversion im Hinterland mit geballten Kräften aus Stadt und Land wirkungsmächtig entgegengewirkt werden kann.

1. All together now – Bündnisse organisieren, gemeinsam stark sein

Wir wollen uns für große, gesellschaftsübergreifende Bündnisse einsetzen, die es ermöglichen, den Nazis in keinem Dorf, keinem Kreis und keiner Region Niedersachsens mehr Raum für ihre Menschen verachtende Propaganda lässt. Hierbei überwinden wir auch politische Differenzen mit anderen Organisationen, denn uns eint ein gemeinsames Ziel: Unser Kampf gilt der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, dem Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und der Homophobie sowie dem Autoritarismus. Deshalb beteiligen wir uns an keinen Bündnissen, die „gegen jeden Extremismus“ angelegt sind und die versuchen rechts und links ideologisch gleichzusetzen. Im Zweifel können wir auf die konservativen Gruppen in den Bündnissen gegen Rechts getrost verzichten, wenn diese anscheinend nicht entschlossen gegen Neofaschismus vorgehen wollen. Unsere Ausgangshaltung ist klar: Wir wollen zusammen gegen Faschismus im Hinterland kämpfen, auf allen Ebenen, mit allen Mitteln

2. Das Schweigen brechen, die kulturelle Hegemonie erschüttern.

Nazis können in ländlichen Milieus oft untertauchen, weil die politische Kultur ihnen in Teilen Nährboden dafür bietet. Oft genug wird rassistischen und sexistischen Aussagen nicht widersprochen. Sie werden als 'normal' hingenommen und es entsteht der Eindruck, die Mehrheit teilt einen sexistischen und/oder rassistischen Konsens. Oft genug muss dies allerdings nicht der Fall sein – im Gegenteil könnte durch Offenlegen solcher Strukturen ein umdenken erreicht werden.

Deswegen betrachten wir es als ersten Ansatz antifaschistischer Arbeit im ländlichen Raum, den öffentlichen und privaten Diskurs überall dort zu beeinflussen, wo Einstellungen vertreten oder unbesonnen geäußert werden, die anschlussfähig für das faschistische Weltbild sind. Dazu gehört es sowohl im Privaten und sozialen Umfeld solche Äußerungen zu entlarven, als auch im öffentlichen Raum unterschwelliges und offenes homophobes, rassistisches, autoritäres oder rassistisches Agieren offensiv inhaltlich anzugreifen. Eine wesentliche Grundlage ist dabei unsere Arbeit „gegen den alltäglichen Rassismus“ (vergl. Beschluss aus Gifhorn).

3. Aufklärung und Bildung, für eine mündige Erinnerungskultur

Nur wer informiert und aufgeklärt ist, kann die Ereignisse vor der eigenen Haustür einordnen und mit ihnen umgehen. Das gilt besonders auch für die subversive Eroberung ländlicher Räume durch Nazis. Nur wer über neofaschistische Strukturen und Organisationen und ihr Weltbild aufgeklärt ist, wird die Notwendigkeit des Engagements gegen Rechts erkennen können – bevor der Nazi zum Kumpel im Sportverein geworden ist. Deswegen muss neben dem staatlichinstitutionalisierten Bildungsangebot der Schule besonders im ländlichen Raum eine Kultur der zivilgesellschaftlichen Bildung etabliert werden, die sowohl über das nazistische Weltbild als auch über die Organisationen und Gruppen der neofaschistischen Szene aufklärt und zugleich eine mündige Auseinandersetzung mit dem geschichtlichen Hintergrund des Nationalsozialismus herstellt. Gerade letzteres lässt sich kommunal sehr gut umsetzen, wenn sich eine ländliche Gemeinde im öffentlichen Diskurs rückhaltlos mit der eigenen Geschichte „des Dorfes“

während des Nationalsozialismus auseinander setzt. Wir setzen uns daher für die Schaffung von historischen Gedenk- und Mahnorten ein, die eine Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus befördern. Gleichzeitig kann auch hier der subversiv nazistischen Hegemonie, die hier als Kontinuität des Faschismus auftritt widersprochen werden, wenn
5 angemahnt wird, dass die Gedenkkultur keine rein deutsche sein darf. Beispielhaft für eine solche Auseinandersetzung ist die Auseinandersetzung um ein Mahnmal in Großburgwedel, wo sich verschiedene Bürger_Innen aber auch politische Gruppen – darunter auch die GJN – bisher erfolgreich gegen das Gedenken an fünf Angehörige der Waffen-SS zur Wehr gesetzt haben. Wenn auf dem Dorffriedhof in Zukunft nicht mehr nur das gängige Mahnmal
10 für die gefallenen deutschen Wehrmachtssoldaten steht, sondern auch endlich den deportierten und anderweitig unterdrückten und verfolgten Opfern des Nationalsozialismus gedacht wird, dann ist viel für die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und die Sensibilisierung für die neofaschistische Gefahr im öffentlichen Raum gewonnen.

4. Im ländlichen Raum präsent sein - Antifaschistische (Gegen-)Kultur etablieren
15 Politik, gerade antifaschistische, muss nicht immer trocken und langweilig sein. Gerade im ländlichen Raum kann es ein besserer Zugang zu vielen Leuten sein, wenn wir sie versuchen über eine antifaschistische Kulturarbeit zu gewinnen und Freizeitangebote zu schaffen. Dabei kann der Konsens, dass alle gegen Nazis sind gut genutzt werden, in dem z.B. „Rock gegen Nazis“ Konzerte veranstaltet oder Aktionen im öffentlichen Raum wie z.B.
20 „Deine Hand gegen Nazis“ abgehalten werden. Aber auch die Etablierung einer klaren antifaschistischen Grundhaltung in der gängigen Alltagskultur trägt zur allgemeinen Ächtung von Faschistischen Strukturen bei, wenn z.B. die_der Bürgermeister_In bei ihren_seinen Grußworten das Thema immer wieder aufgreift. Vor allem aber muss eine antifaschistische Bewegung im ländlichen Raum sichtbar sein. Kundgebungen und Demonstrationen sowie
25 Plakate im öffentlichen Raum, auch wenn gerade keine Nazis aufmarschieren, unterstreichen den Widerstand, auf den Faschist_Innen stoßen, wenn sie versuchen wollen den ländlichen Raum zu gewinnen. Zudem könnte es eine reizvolle Herausforderung sein, einen linken Jugendtreff vor Ort zu etablieren oder alternative Freizeitangebote für junge Menschen anzubieten. Für die GRÜNE JUGEND Niedersachsen bedeutet es aber vor allen
30 Dingen auch, sich den ländlichen Raum für Mitglieder zu erschließen. Das bedeutet, Strategien zu entwickeln und eine Infrastruktur zu fordern, die es Jugendlichen auch im ländlichen Raum ermöglichen, Politisch aktiv zu werden.

5. Kein netter Nazi von nebenan! Faschist_Innen enttarnen, antifaschistische Recherche nutzen und stärken!

35 Darüber hinaus bedeutet „Kein Fußbreit dem Faschismus“ auch, Nazis direkt entgegenzutreten und zwar nicht erst, wenn sie durch ihr Handeln selbst als solche aufgetreten sind, etwa weil sie alternative Jugendliche oder Migrant_Innen angegriffen haben. Nazis haben Namen und Adressen! Es gibt eine etablierte und gut funktionierende antifaschistische Recherchearbeit, deren Ergebnisse wir nutzen wollen um Nazis im
40 ländlichen Raum ausfindig zu machen und sie dort öffentlich zu enttarnen – gleichzeitig wollen wir durch unsere Beobachtungen in den Dörfern die Recherche mit befördern. Die Nachbarschaft muss wissen, wer im Haus nebenan wohnt. Ziel ist es dabei, Nazis aus der dörflichen Gemeinschaft zu isolieren, bevor sie sich als anerkannte Bürger_innen in den gängigen Institutionen etabliert haben. Wenn bekannt ist, dass jemand ein Nazi ist, wird es
45 schwierig zu rechtfertigen sein, warum sie_er wie jede_r andere im Sportverein, der Feuerwehr oder dem Chor mitwirken soll. Nazis kein ruhiges Hinterland zu überlassen bedeutet auch, sie dort aufzuspüren und ihnen keine Ruhe zu lassen.

Wir werden Nazis keinen Raum lassen und ihnen entschlossen entgegentreten – auch auf dem Dorf! Dabei sind unsere Kapazitäten als Jugendverband mit bislang eher geringer
50 Präsenz im ländlichen Raum begrenzt. Wir werden daher versuchen, auf den ländlichen Raum einzuwirken und eigene sowie verbündete, antifaschistische Initiativen zu unterstützen. Da wo Nazis auftreten wird ihnen unser Widerstand entgegenschlagen. Ihr Rückzug ins Ländliche wird ihnen nichts nutzen: Es gibt kein ruhiges Hinterland für Nazis und Rassist_innen!

55 Kein Fußbreit dem Faschismus!

L5 Tradition hinterfragen: Schützenvereine kritisieren

Antragsteller_Innen: Svenja Schurade, Maxi Lou Geßner

- 5 Die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen möge beschließen:
- Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen stellt sich Schützenvereinen kritisch gegenüber, ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Schützenfeste. Unsere Kritik betrachtet die
- 10 Aspekte Militarismus, hierarchische Struktur und Sexismus. Uns ist bewusst, dass es „das“ Schützenfest und „den“ Schützenverein so nicht gibt und jedes Dorf seine ganz eigenen Traditionen und Abläufe entwickelt hat. Dennoch wollen wir grundlegende Phänomene, Strukturen und Prinzipien ankreiden.
- 15 Diese Kritik soll nicht als Anlass genommen werden, Schützenvereine oder Schützenfeste per Verbot abzuschaffen. Viel lieber wollen wir, dass den Menschen bewusst wird, warum diese Vereine und Feste nicht unterstützenswert sind.
- Da uns aber auch die positiven Aspekte wie das fröhliche zusammen Feiern, die Jugendarbeit und die schnellen Integration von Zugezogenen bewusst sind, werden wir im
- 20 zweiten Teil darauf kommen, wie ein Dorffest in Form eines Friedensfestes anders gestaltet werden könnte. Dies kann dabei ganz unabhängig vom Schützenfest gefeiert werden. Auch möglich wäre es auf einem Schützenfest langsam andere Strukturen zu etablieren und das Schützenfest in Richtung Friedensfest zu verändern. Die genaue Ausgestaltung bleibt den AkteurInnen vor Ort überlassen.
1. Militarismus
- 25 Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen versteht sich als friedliche Vereinigung. Wir lehnen zivilgesellschaftliche Vereine ab, die militaristische Traditionen und Strukturen fortführen. Im Folgenden wird kenntlich gemacht, in wie fern wir Schützenvereine und Schützenfeste als militaristisch definieren:
- 1.1 Herkunft
- 30 Schützenvereine wurden vor vielen Jahren gegründet, um Dörfer und kleine Städte vor PlündererInnen und anderen AngreiferInnen aus dem Umland zu schützen. Die Gründungsjahre gehen teilweise bis ins 13. Jhdt. zurück. Diese Schutzaufgabe oblag zum Teil allen BürgerInnen, die Schützen bildeten dabei aber ein Art bewaffnete Elite. Sie übten sich im Schießen und trugen die besseren Waffen.
- 35 Die Schützenfeste etablierten sich dabei einerseits, um nach außen hin Stärke und Selbstbewusstsein zu demonstrieren, andererseits, um junge Dorfbewohner zu rekrutieren. Somit stammt das Schützenwesen eindeutig aus militärischen, „dorpatriotischen“ Absichten.
- 1.2 hierarchische Struktur
- 40 Die militärische Herkunft zieht sich noch heute durch die Struktur vieler Vereine. So bezeichnen sich die „Vorsitzenden“ oftmals als „Oberst“, „Leutnant“ „Hauptmann“, „Fahnenträger“ oder „Offiziere“ – eindeutig militärische Bezeichnungen. Ebenso haben diese Personen eine Art Befehlsgewalt. Sie geben den anderen Personen die Anweisungen, teils im militärischen Tonfall. Es existiert auch der Befehl „Stillgestanden!“.
- 45 Schützenkader sind klar unterteilt in „Kompanien“, die autonome Aktivitäten durchführen können, sich aber im Zweifel dem „Oberst“ unterwerfen müssen. Auch innerhalb der „Kompanien“ bestehen klare Hierarchien nach militärischem Amt.
- Diese militärischen Strukturen kommen besonders bei Schützenfesten und Jahresmitgliederversammlungen zum Tragen, bei denen die militärische Tradition teilweise mit großem Ernst und Enthusiasmus nach gespielt wird.
- 50 1.3 Uniform
- Eine weitere militärische Komponente bildet die Uniform, die die SchützInnen während des gesamten Schützenfestes zu tragen haben. Zunächst hat jede „Kompanie“ ihre eigene

Uniform. Weiterhin wird der Status über Schulterklappen kenntlich gemacht, Orden für besondere Schießleistungen können getragen werden. Es werden Schärpen und Ketten getragen, die eine besondere Leistung oder Status anzeigen sollen.

1.4 Umzug

- 5 Im Rahmen des Schützenfestes kommt es auch zu einem Schützenumzug. Dabei marschieren die SchützInnen in nach Geschlechtern getrennten „Kompanien“ in militärischer Formation zu Marschmusik durchs Dorf. Zu Beginn spricht der „Oberst“ zum „Bataillon“. Auch Befehle wie „stillgestanden!“ und „im Gleichschritt marsch!“ sind keine Einzelfälle. Während des Umzugs soll ein Gleichschritt eingehalten werden, die Gewehre – meist aus Holz oder in
- 10 Stöcken angedeutet- werden durchs Dorf getragen.

1.5 Schießsport

- Als friedliche, vegane Vereinigung, die sich eine Sensibilisierung der Gesellschaft für diese Themen auf die Fahnen geschrieben hat, sieht die GRÜNE JUGEND Niedersachsen die Kultur des Sportschießens kritisch. Wir wollen jedoch niemandem sein Hobby verbieten, dennoch streben wir einen sensibilisierten und reflektierten Umgang mit Waffen und deren ursprünglichen Zweck an. Fremd bleibt uns, aus welchem Grund Privatmenschen heute das Schießen üben wollen.
- 15

- Als besonders gefährlich erachtet die GRÜNE JUGEND Niedersachsen dabei die Waffenlagerung zu Hause. Menschen, die geübt an der Waffe sind und einen Zugriff darauf haben, können schnell zur Gefahr für viele werden, wie z.B. der Amoklauf von Winnenden gezeigt hat. Millionen von Waffen lagern nach Schätzungen in den Haushalten Deutschlands. Dies liegt darin begründet, dass für SchützInnen Ausnahmeregeln von den allgemein gültigen Waffengesetzen gelten.
- 20

1.6 Gedenken

- 25 Zum Schützenfest gehört oftmals auch ein Gedenken an die gefallenen deutschen(!) Soldaten der beiden Weltkriege. In manchen Dörfern werden Kränze niedergelegt. Dabei kommt es zu keiner differenzierten Auseinandersetzung mit Schuld. Das Gedenken gilt der „Ehre der gefallenen deutschen Soldaten“. Ebenso wird oftmals das „Lied vom guten Kameraden“ oder das „Deutschlandlied“ gespielt. Beispiel sind die Neustädter Schützen
- 30 (Bad Oeynhausen): „Am Volkstrauertag sollte man der Opfer gedenken, diese waren aber nicht nur die in einen sinnlosen Krieg getriebenen Soldaten, (...) sondern vor allem Juden, Sinti und Roma, Andersdenkende, Behinderte, u.s.w. Die Schützen bauen sich aber einen Gedenktag für deutsche Helden daraus. Wer dem Trauerredner gut zugehört hat, dem konnte nicht entgehen, wie nah am rechten Rand die Vereine stehen.“¹

- 35 Diese Art des Gedenkens lehnt die GRÜNE JUGEND Niedersachsen ab! Wir wollen keine patriotische Ehrung von gestorbenen Soldaten! Krieg ist und bleibt grausam, das sterben fürs „Vaterland“ darf nicht als Ehre verklärt werden!

2. Sexismus

- Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen kritisiert die sexistischen Tendenzen der Schützenvereine. Besonders zum Tragen kommen diese beim Schützenfest. Wir kämpfen für eine Welt ohne Patriarchat und Sexismus. Wir wünschen uns eine Welt, in der jedeR unabhängig von seinem Geschlecht frei leben kann. Wir sehen in Schützenvereinen und -festen einen Ort, in denen alte Geschlechterverhältnisse reproduziert werden:
- 40

2.1 Schützenkönig

- 45 In jedem Verein gibt es einen so genannten Schützenkönig. Dieser wird beim Schützenfest ausgeschossen. Der Schütze mit dem besten Schuss erlangt den Titel, die damit verbundenen Aufgaben und den Ruhm. Von diesem Prozess werden Schützinnen auf Grund ihres Geschlechts und der daraus resultierenden Tradition ausgeschlossen. In einigen Vereinen werden zusätzlich noch „Damenköniginnen“ ausgeschossen. Diese erlangen jedoch weit weniger Ruhm und sind zudem nicht so wichtig für das Schützenfest.
- 50

2.2 Struktur

Dieser Absatz gestaltet sich als unglaublich schwierig für eine allgemeine Kritik. Dennoch

¹ Bad Oeynhausener Kurier / Neue Westfälische, 18.11.2008, Dirk Bekemeier: Wiederholte Skandale der Schützen <http://www.hiergeblieben.de/pages/textanzeige.php?limit=10&order=datum&richtung=DESC&z=1&id=21711>

5 kommt es aufgrund von traditioneller Durchführung des Schützenfestes immer wieder zu vereinzelt oder strukturell angelegten Abgrenzungsmechanismen gegenüber den Schützinnen. So gibt es beispielsweise Vereine, bei denen den Frauen die Mitgliedschaft oder das Schießen grundsätzlich verwehrt wird. Manchmal spiegelt sich das Patriarchat in

10 der Kleiderordnung wieder: Frauen haben oftmals Röcke zu tragen. Ein besonders erschreckendes Beispiel von Sexismus findet sich in der Neustädter Tradition der „Kranzdamen“, bei der den Männern für das Schützenfest eine junge Frau zum Gut-Aussehen an die Seite gestellt wird. Sehr deutlich wird eine Männerdominanz beim Blick in die Vorstände. Die Titel der

15 AmtsträgerInnen haben meist nur eine männliche Version wie „Leutnant“, „Offizier“ oder „Oberst“. Auch der Anteil der weiblichen Vorstandsmitglieder ist durch alle Schützenvereine hindurch verschwindend gering. Grundlegend festzuhalten bleibt jedoch, dass Schützenvereine durch traditionelle Verhaftung dazu tendieren, ein Ort der Reproduktion alter Geschlechterverhältnisse zu sein. Durch die

20 oft enge Meinungspluralität in ländlichen Regionen kommt es schnell zu einer Ausschließlichkeit bestimmter Meinungstendenzen. Eine gegenteilige Meinung zu vertreten ist schwer und kann auch zu sozialer Isolation führen. Durch die Betonung von Hierarchie werden oft Meinungen der Höhergestellten zum Maßstab. Unter anderem sexistische, rassistische und homophobe Ansichten werden offen geäußert und durch Akzeptanz reproduziert. Dies beeinflusst auch Jüngere, die häufig diese Meinungen vorgelebt bekommen und für sich annehmen.

25 Als Gegenmaßnahme haben sich bereits einige reine Frauenschützenvereine gebildet, doch auch denen steht die GJN kritisch gegenüber. Die Aspekte Militarismus und Hierarchie bleiben auch dort bestehen.

das Schützenfest bzw. wie es besser geht: das Friedensfest
Schützenfeste haben in ländlichen Regionen einen hohen integrativen Charakter. Die Dorfgemeinschaft trifft sich und wächst durch gemeinsame Aktivität zusammen. Es ist also wichtig für den Zusammenhalt. Doch auch hier spiegeln sich die kritisierten Punkte. Teilweise werden lange vergangene geschlagene Schlachten nachempfundenem, aus denen zum Beispiel die Deutschen siegreich gegen die Franzosen hervorgingen. (Außerdem siehe: Pink Rabbit <http://www.youtube.com/watch?v=Rwz4b9XJKd8>) Meist wird jedoch das Schießen zelebriert, wobei es sich heute glücklicherweise nicht um echte Tiere handelt, sondern meist um Attrappen von Vögeln. Es wird marschiert, gegessen und getrunken. Marschmusik ist dabei sehr zentral.

35 Wir wünschen uns jedoch ein Fest, das weniger vom Schützenverein abhängt.

- Ein Fest, bei dem Musik nicht zum Marschieren sondern zum Tanzen da ist.
- Ein Fest, bei dem das Highlight nicht das Schießen auf ein Stück Holz oder das Marschieren in Reih und Glied ist.
- 40 • Ein Fest bei dem alle an allem Teil nehmen dürfen; ungeachtet ihres Geschlechts.
- Ein Fest, bei dem mensch auch ohne Uniform nicht schief angeguckt wird.
- Ein Fest, bei dem es vegetarische oder vegane Alternativen zu den vielfältigen Formen von Schweinefleisch gibt.
- 45 • Ein Fest bei dem es nicht zur Routine gehört, gefaller deutscher Soldaten zu gedenken.

Anmerkungen:

Für konkrete Beispiele geht auf: <http://www.schuetzenverein-haaren.de/>. Hier lassen sich viele oben genannte Aspekte nachvollziehen. So betonen sie im Artikel „Geschichte Ehrenmahl“ (ganz unten), dass es sich am Mahl um „Eiserne Kreuze“ handelt; eine Kriegsauszeichnung ursprünglich aus dem ersten Weltkrieg, heute von der Bundeswehr weiter genutzt. Es lohnt auch der Blick in die Satzung.

Auch der in der Fußnote angegebene Artikel ist informativ.

L6 Schützenvereine: Soziale Verantwortung stärken - Diskriminierung ächten

5 Antragsteller: Gregor Möllring, Helge Limburg

Schützenvereinen sind in Niedersachsen etablierte gesellschaftliche Zusammenschlüsse, die – nicht nur, aber besonders – in ländlichen Gebieten wichtige Aufgaben in der Jugendarbeit und bei sozialer Integration übernehmen. Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen erkennt dabei vor allem die zumeist ehrenamtliche Arbeit vieler engagierter Menschen in diesen Vereinen an, die auch älteren, in ihrer Mobilität eingeschränkten Menschen soziale Teilhabe ermöglicht, jungen Menschen Verantwortungsbewusstsein vermittelt und sozialen Zusammenhalt fördert.

Sportförderung an Bedingungen knüpfen

15 Allerdings gibt es auch andere Seiten. Einige Schützenvereine befördern durch ihre Rituale übelsten Sexismus und Militarismus-Verherrlichung und erzeugen teilweise Gruppenzwang zum massiven Alkoholmissbrauch. In gleichem Maße, wie Schützenvereine sozial integrierend wirken können, können sie auch dörfliche Ausgrenzungsmechanismen befördern, indem sie Nichtvereinsmitglieder aus dem sozialen Dorfleben ausschließen. Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen lehnt militärische Rangbezeichnungen in Vereinen, Rituale, bei denen Frauen quasi als "Schmuckwerk" für männliche Schützen erhalten und alle anderen Formen von Sexismus und Militarismus-Verherrlichung ab. Schützenvereine müssen diesen und anderen Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung entgegenwirken anstatt sie zu befördern! Auch Schützenvereine müssen zu einer friedlichen demokratischen Gedenkkultur, gerade auch in Hinblick auf die Verbrechen des NS-Regimes, beitragen. Dem widerspricht es, wenn Schützenvereine Gedenkveranstaltungen für gefallene deutsche Wehrmachtssoldaten durchführen. Solche und andere Formen der Verherrlichung und Glorifizierung der Verbrechen des NS-Regimes lehnen wir ab. Die finanzielle Sportförderung des Landes Niedersachsen, die Schützenvereine wie auch andere Sportvereine über den Landessportbund (LSB) erhalten, muss deshalb zukünftig an Bedingungen gekoppelt werden. So sollen Schützenvereine die Entwicklung und Umsetzung antirassistischer Strategien innerhalb der Vereine, sowie eine aktive Bekämpfung von Sexismus und Paramilitarismus nachweisen, um weiterhin als förderungswürdig zu gelten. Die Vermittlung von Gleichberechtigung und diskriminierungsfreiem und gewaltlosem Zusammenleben muss oberste Priorität haben. Staatliche Sportförderung darf nicht an Vereine fließen, die Rituale zur Verherrlichung der Wehrmacht durchführen. Besonders in Gebieten, in denen es neben der Mitgliedschaft im Schützenverein wenig Alternativen zur Freizeitbeschäftigung gibt, muss zudem Situationen entgegengewirkt werden, in denen Gruppenzwang zu übermäßigem Alkoholkonsum führen kann und bei Nichtmitgliedschaft soziale Ausgrenzung droht.

40 Missbrauch gefährlicher Waffen wirksam verhindern!

Wer über Schützenvereine spricht, darf über das Waffengesetz nicht schweigen. Neben verhältnismäßig ungefährlichen Luftdruckwaffen wird in vielen Schützenvereinen auch mit Kleinkaliber-Waffen geschossen. Kleinkaliber-Patronen entwickeln genug Durchschlagskraft, um tödlich zu wirken und stellen so eine Gefahr dar, wie ihre Verwendung bei zwei Amokläufen in Finnland zeigt, bei denen insgesamt 18 Menschen getötet wurden (2007/2008). Auch in Deutschland hat es erschreckende Amokläufe gegeben, bei denen Sportwaffen verwendet worden sind. Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert daher ein grundsätzliches Verbot des Privatbesitzes potentiell tödlicher Waffen. Schützenvereine müssen besonders gesicherte zentrale Waffenlagermöglichkeiten anbieten, um den Missbrauch von Sportwaffen zu erschweren. Wo technisch möglich muss der Schießsport auf Laserwaffen umsteigen. Keine Sportwaffen zu Mordwaffen!

L7 Jugendförderung auf dem Land - Jugendräte etablieren

Antragstellerinnen: Yara Behrens, Lara Jil Dreyer

5

Die GRÜNE JUGEND möge mit diesem Antrag eine Mitbestimmung Jugendlicher in der Jugendarbeit in Gemeinde und Kreisverwaltung beschließen.

10

Jugendliche aus dem ländlichen Raum, haben oft nicht viele Freizeitaktivitäten zur Auswahl. Jugendzentren, Sportanlagen, Proberäume oder Skateparks sind nur in wenigen Regionen zu finden, denn oft werden die Bedürfnisse junger Menschen in der Stadt- und Haushaltsplanung nicht berücksichtigt.

Um dem entgegenzuwirken, möchten wir, dass Kreis- und Gemeinderäte stärker auf Jugendliche zugehen und ihnen die Möglichkeit geben sich einzubringen.

15

Hierfür soll ein Jugendrat in jeder Region etabliert werden, der aus bis zu 20 Delegierten im Alter von null bis 19 Jahren besteht und von allen Jugendlichen der Umgebung gewählt werden kann. Die Mitglieder setzen sich mit bestem Wissen und Gewissen für die Behandlung aller Belange der verschiedenen jungen Interessengruppen ein und tagen mindestens einmal im Monat. Außerdem soll allen Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden ihre Wünsche oder Forderungen in Form von Anträgen im Jugendrat einzubringen.

20

Er soll in jugendpolitische Entscheidungen der kommunalen Parlamente eingebunden werden und maßgeblich an der Entwicklung von neuen Freizeitangeboten oder Projekten zur Jugendförderung beteiligt sein. Deshalb sollen seine Mitglieder über aktuelle Themenschwerpunkte im Stadt- oder Gemeinderat, insbesondere mit für Jugendliche relevantem Inhalt, in Kenntnis gesetzt und angehört werden. So soll eine jugendfreundliche Entwicklung im ländlichen Raum vorangebracht und die Förderung „falscher“ Projekte (z.B. Skatepark wird gebaut, obwohl ein Fußballplatz benötigt wird) verhindert werden.

25

Positive Nebeneffekte sind, dass das gezielt Ansprechen von Jugendlichen eine breit gefächerte Politisierung bedeutet, junge Menschen dazu motivieren kann, sich kommunalpolitisch zu engagieren und im Kreis- oder Gemeinderat eine Sensibilisierung für jugendliche Bedürfnisse stattfindet.

30

Immer mehr Jugendliche entscheiden sich gegen ein Leben auf dem Land. Mit diesem Antrag soll ein Stück der Attraktivität der ländlichen Gebiete gewahrt und für Jugendliche beeinflussbar gemacht werden.

35

Ä7 zu L7

Ä7 zu L7 Änderungsantrag zu „Jugendförderung auf dem Land – Jugendräte etablieren“

Antragssteller*in: Alexander Steffens

40

Zeile 19-25 sollen folgendermaßen ergänzt werden (Ergänzung hervorgehoben):

„Er soll in jugendpolitische Entscheidungen der kommunalen Parlamente eingebunden werden und maßgeblich an der Entwicklung von neuen Freizeitangeboten oder Projekten zur Jugendförderung beteiligt sein. Deshalb sollen seine Mitglieder über aktuelle Themenschwerpunkte im Stadt- oder Gemeinderat, insbesondere mit für Jugendliche relevantem Inhalt, in Kenntnis gesetzt und angehört werden. **Darüber hinaus sollen die Jugendräte die Möglichkeit haben, politischen Entscheidungen, die insbesondere Jugendliche betreffen, durch ein Veto stoppen zu können.** So soll eine jugendfreundliche Entwicklung im ländlichen Raum vorangebracht und die Förderung „falscher“ Projekte (z.B.

45

Skatepark wird gebaut, obwohl ein Fußballplatz benötigt wird) verhindert werden.“

Begründung:

- 5 In Fällen, in denen es um politische Entscheidungen geht, die insbesondere die Jugendlichen betreffen, in denen Stadt- oder Gemeinderäte sich strikt gegen die Empfehlungen der Jugendräte stellen, oder sogar gegensätzlich handeln, sollten die Jugendräte entsprechende Beschlüsse durch ein Vetorecht verhindern können.

Verschiedenes

10

V1

V1 Antrag auf Änderung der Landesschiedsordnung

Antragsteller: Helge Limburg

- 15 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:
§2 Abs 2 der Landesschiedsordnung erhält folgende Fassung:
„Das Bundesschiedsgericht ist in allen Verfahren des Absatzes 1 Berufungsinstanz.“

Begründung:

- 20 Die gegenwärtige Formulierung ist widersprüchlich. Laut §2 in der derzeitigen Fassung soll das Bundesschiedsgericht Eingangsinstanz bei Einsprüchen gegen Aufnahmen und Ausschlüsse, aber nur Berufungsinstanz bei Entscheidung über den Ausschluss eines Mitglieds sein. Die Landessatzung hingegen spricht davon, dass das Landesschiedsgericht über Ausschlüsse entscheidet, ebenso §5 der Landesschiedsordnung. Die Bundessatzung und die Bundesschiedsordnung ermöglichen ausdrücklich, dass die Landesschiedsgerichte
- 25 1. Instanz für Ausschlüsse von Mitgliedern sind.

V2 Der Fall der Symphonie - was Nazis und Rocker verbindet...

Antragsteller: Christian Hinrichs (GJ Stade)

5

Was ist geschehen?

10 Im Juni 2010 ersteigerte Sebastian Stöber, bekennender Nazi aus Tostedt (Kameradschaft Gladiator Germania) und ehemaliger Direktkandidat der NPD bei der Bundestagswahl 2009 im Wahlkreis Harburg in der Nähe von Stade eine ehemalige Gastwirtschaft „Zur Symphonie“ im Rahmen einer Zwangsversteigerung. Aufgrund eines aufmerksamen Lokalredakteurs vom Stader Tageblatt wurde dieser Vorgang relativ schnell publik und die öffentliche Debatte begann. Die Sorge vor Ort wuchs, dass sich nun ein neues Nazi-Schulungszentrum oder eine ähnliche Einrichtung in der Region etablieren könne und die Zivilgesellschaft organisierte sich. Die direkte Folge war die Gründung eines neuen „Bündnisses gegen Rechts“ im Landkreis Stade. Jedoch erklärte Herr Stöber nach kurzer Zeit, dass er keineswegs vor habe ein Nazi-Zentrum zu etablieren, sondern vielmehr die Immobilie im Auftrag des Rockerclub „Gemium MC“ erworben habe. Herr Stöber ist nicht nur Nazi, sondern auch Rocker. Letztlich war es – aus Sicht des Rockerclubs - ein „Betriebsunfall“, dass Herr Stöber mit seiner eindeutigen Vergangenheit diese Immobilie in der Samgemeinde 20 Lühe erwarb. Die öffentliche Aufmerksamkeit hätte Gremium MC gerne vermieden. Allerdings brachte dieser „Stader Fall“ eine neue Facette der Nazi-Szene auf die Agenda der Antifaschismusarbeit: Wie eng sind die Kontakte zwischen Rocker- und Naziszene

Verlauf der Diskussion in Stade

25 In dem Stader „Bündnis gegen Rechts“ gab es zu Beginn zahlreiche Unsicherheiten, Wissenslücken und Fragen. Haben wir es nun mit Nazis oder Rockern zu tun? Was sind eigentlich die Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede zwischen diesen beiden Szenen? Das Bündnis wusste zu Beginn nicht, welche Rolle es spielen sollte. Die Thematik war viel schwieriger und differenzierter als sonst üblich. Deshalb folgte auch erstmal eine Phase des Informierens. Außerdem wurde dem Bündnis von Seiten der Polizei Knüppel zwischen die Beine geworfen. Der Stader Polizeipräsident Roland Brauer erklärte in einem Interview mit dem Hamburger Abendblatt die Aktivitäten des Bündnisses als „hinderlich“, warnte vor linken Krawallmachern und relativierte die offensichtliche Verbindung zwischen Nazi- und Rockerszene. Dieser dreiste Versuch die Aktivitäten des „Bündnisses gegen Rechts“ zu sabotieren hatte jedoch keinen Erfolg.

35 Anfang September 2010 fand die erste – von 11 Organisationen – getragene Aktion des Bündnisses statt. Im Rahmen einer „Info-Meile“ informierte das Bündnis über das Thema. Doch nicht nur interessierte Einwohner_innen kamen, auch die harten Jungs von Gremium MC kamen vorbei und klärten die Aktivist_innen über ihre angebliche Harmlosigkeit und die „übertriebene Aufregung“ auf. Herr Stöber - Kumpel von Stefan Silar (Herr Silar ermordete 40 1993 in Buxtehude einen Menschen, weil dieser sagte, Hitler sei ein großer Verbrecher gewesen) -war übrigens mit von der Partie.

45 Am 26. August 2010 um 14:00 Uhr findet der erste Sonntagsspaziergang zu der von Herrn Stöber erworbenen Gastwirtschaft „Zur Symphonie“ statt. Die GRÜNE JUGEND NIEDERSACHSEN – die an diesem Wochenende in Stade ihre Landesmitgliederversammlung durchführt – wird sich an diesem Sonntagsspaziergang beteiligen.

V3 Verriegelt die Drehtür - Intransparentem Lobbyismus und verdeckter Einflussnahme konsequent entgentreten!

5 Antragsteller: Steffen Bach

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen möge beschließen:

Wir, die GRÜNE JUGEND Niedersachsen, stellen uns verdeckter Einflussnahme auf die Politik durch Wirtschaft und Lobbyverbände entgegen und fordern transparente,

10 bürger_innennahe Entscheidungsfindungsprozesse auf allen politischen Ebenen. Ebenso lehnen wir die „Drehtür“ ab – das heißt den fast nahtlosen Wechsel von Minister_innen, Staatssekretär_innen und anderen hohen Politiker_innen aus ihren Ämtern direkt in die Wirtschaft bzw. zu Lobbyverbänden.

15 Deshalb fordern wir:

1. Eine „Abkühlungsphase“ oder Karenzzeit von 5 Jahren nach dem Ausscheiden aus dem Amt, in der jedwede Lobbytätigkeit untersagt ist. Dieses Verbot soll für die_den Kanzler_in, die Minister_innen, die Ministerpräsident_innen, die Staatssekretär_innen und die Referatsleiter_innen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene gelten und auch bei

20 Wegfall der Beamtenbezüge nicht umgangen werden können.

2. Ein verpflichtendes Lobbyregister, in dem sämtliche Verbände, Lobby-Agenturen sowie selbstständige Lobbyist_innen verzeichnet sein müssen, die in der Politikberatung tätig sind. Außerdem müssen Angaben zu der_dem jeweiligen Auftraggeber_in, den Kund_innen, den Finanzquellen, Budgets sowie Arbeitsthemen gemacht werden.

25 3. Die genaue Protokollierung aller Einflussnahme im Gesetzesarbeitungsprozess und der jeweils vorgenommen Änderungen sowie ein Verbot der Fremdformulierung von Gesetzestexten z.B. durch Großkanzleien.

4. Ein Verbot „externer Mitarbeiter“ bzw. sogenannter „Leihbeamter“, die aus der Wirtschaft an die Ministerien „entliehen“ werden.

30 5. Die Einsetzung eines Kontrollgremiums, das transparent arbeitet und die Einhaltung der Offenlegungspflichten für Lobbyist_innen sowie der Karenzzeit überwacht und regelmäßig an den Bundestag berichtet. Diesem könnte auch ein_e Bundesbeauftragte_r für Transparenz angehören.

35 Begründung:

Ob die viel zitierte Demokratiekrise nun schon da ist, bald in voller Härte einsetzt oder einfach nur ein Lieblingsthema der Politikjournalist_innen darstellt: Immer weniger Menschen gehen zu Wahlen, haben das Gefühl, durch die Stimmenabgabe reale Entscheidungen beeinflussen zu können oder gar im Großen und Ganzen mitzubestimmen. Das liegt zum

40 Einen an der minimalen Anzahl direkter Demokratieinstrumente wie der Petition oder dem Bürger_innenentscheid, die den Menschen zur Verfügung stehen. In diesem Sinne fordern wir als GRÜNE JUGEND mehr

Mitbestimmung auf allen politischen Ebenen und damit auch die grundlegende Wende hin zur Basisdemokratie.

45 Ein anderer Aspekt, der an der Glaubwürdigkeit und Bürger_innennähe der politischen Klasse zweifeln lässt, ist aber auch die Art und Weise, wie Politiker_innen Entscheidungen treffen und - prinzipiell zumindest - für das Gemeinwohl eintreten. Gesetzestexte werden teilweise von privaten Großkanzleien formuliert, die gleichzeitig die Hauptbetroffenen der jeweiligen Gesetze juristisch vertreten. Mitarbeiter der Deutschen Bank, des

50 Rüstungskonzerns EADS, der Lufthansa und vieler Unternehmen mehr arbeiten, weiterhin von ihren Heimatkonzernen bezahlt, als „Leihbeamte“ in den Führungsetagen der Ministerien und sind dort direkt am Gesetzesarbeitungsprozess beteiligt. Ein Schelm, wer Böses dabei

denkt!

Auch abseits solch krasser Beispiele von (zumindest sehr wahrscheinlicher) intransparenter Einflussnahme ist Berlin als Politikstandort Nummer 1 gekennzeichnet durch einen undurchdringlichen Dschungel von Politikberatungsagenturen, firmeneigenen Lobbyist_innen und anderen Akteuren der „politischen Kommunikation“. Dass Politikberatung durchaus einen Sinn hat und für eine funktionierende Demokratie von Wichtigkeit ist, will dabei niemand in Abrede stellen. Politiker_innen können nicht alles Fachwissen aufbringen, das für abgewogene, sinnvolle Entscheidungen notwendig ist. Dass sie dieses von Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft zu erlangen versuchen, stellt an sich noch kein Problem dar. Dass solche Beratung allerdings zum Großteil vor der Öffentlichkeit verborgen und somit von dieser unkontrolliert stattfindet, ist jedoch in keinster Weise hinzunehmen. Hier muss Klarheit geschaffen werden, wer eigentlich wen inwiefern berät und wer dafür die Rechnung zahlt. Andernfalls stellt sich die Politik nach und nach selbst ins Abseits.

Eine besonders zweifelhafte Art des Lobbyismus ist die „Drehtür“-Problematik. Die „Drehtür“ bezeichnet den, mehr oder weniger, nahtlosen Wechsel von Spitzenpolitiker_innen aus ihren Ämtern in Posten in der Wirtschaft. Dabei kommt den Ex-Politiker_innen bei der Vertretung der Interessen ihrer Arbeitgeber_innen nicht nur ihr Insiderwissen zu Gute, sondern auch ihr persönlicher Kontakt bis hin zum Führungspersonal der Ministerien. Die „Drehtür“-Studie der NGO (Non-Governmental Organisation, d.h. Nicht-Regierungsorganisation) LobbyControl aus dem Jahre 2007 zeigt dabei, dass sich auch grüne Politiker_innen nach Ende der Rot-Grünen Regierung nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben. So arbeitet Matthias Berninger, Ex-Staatssekretär im Verbraucherschutzministerium, seit Februar 2007 beim Süßwarenkonzern Mars im Bereich „Gesundheits- und Ernährungsfragen“.¹ Rezzo Schlauch, ehemals Staatssekretär im Wirtschaftsministerium und Fraktionsvorsitzender, sitzt seit Oktober 2005 im Beirat von

EnBW.² Joschka Fischer war und ist als Berater für RWE, BMW und Siemens tätig und hat außerdem seine eigene Beratungsfirma, die „Joschka Fischer Consulting“ gegründet. Hier genannt sind nur die grünen Beispiele, die das Problem der „Drehtür“ verdeutlichen sollen: Hochrangige Politiker_innen sind nach dem Ausscheiden aus der aktiven Politik teilweise bei ebenjenseitigen Unternehmen tätig, für deren Kontrolle sie vorher zuständig waren. Im Besonderen verschaffen sich die Unternehmen durch diese Beratung einen Vorteil gegenüber kleineren Unternehmen, die sich die teure Anwerbung der „Drehtür“-Politiker_innen nicht leisten können. Generell verschafft sich die Wirtschaft durch solche Praktiken unlautere Einflussmöglichkeiten in den politischen Prozess. Der Lobbyismus und die Einflussnahme werden nämlich um einiges subtiler, wenn der alte Kollege mal durchruft um über die Brennelementesteuer oder die CO₂-Grenzwerte für Autos zu plauschen, als wenn das bei offiziellen „Geschäftssessen“ geschehen muss. Diejenigen, die die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Politik eigentlich verteidigen sollten – die Politiker_innen – spielen dabei mit aufgehaltene[n] Händen gerne mit.

Um die oben genannten Probleme anzugehen und für eine demokratischere, transparentere Politik zu kämpfen sind einige Maßnahmen erforderlich, die etwa LobbyControl schon lange fordert: Eine „Abkühlungsphase“ für Politiker_innen, in der sie keiner Beratungstätigkeit nachgehen dürfen. Ein verbindliches Lobbyregister, das von einem unabhängigen Gremium überwacht wird. Und das absolute Verbot von „Leihbeamten_innen“ und der Fremdformulierung von Gesetzestexten.

Natürlich können solche Forderungen nicht sämtliche Problematiken mit Stumpf und Stiel beseitigen. Politikverdrossenheit und die Demokratiekrise entstehen aber auch durch die allzu offensichtliche Wichtigkeit persönlicher oder Partikularinteressen (d.h. die Interessen Weniger) im politischen Prozess – und das kann und sollte mensch unter keinen Umständen tolerieren. In diesem Sinne gehen wir somit einige Schritte in die richtige Richtung – in Richtung Basisdemokratie und grundlegende Mitbestimmung.

1 Heidi Klein/Tillmann Höntzsch - „Fliegende Wechsel – die Drehtür kreist“ (Kurzstudie von LobbyControl) Köln 2007, S.5

2 Ebd., S.8

Ä8-9 zu V3 Änderungsanträge zu „Verriegelt die Drehtür“

Ä7 Antragsteller: Gregor Möllring

5 Zu Punkt 1:

- „Karenzzeit von 5 Jahren“ ersetzen durch „Karenzzeit von 3 Jahren“
- Anfügen: Bei BeamtInnen (StaatssekretärInnen/ReferatsleiterInnen) greift die Frist nur, sofern sie vor dem Ruhestand ausscheiden. Bei der Aufnahme einer der Arbeit der Person in den letzten 5 Jahren ähnlichen Erwerbstätigkeit nach dem Eintritt in den Ruhestand bei gleichzeitigem Bezug von Versorgungsbezüge n ist diese dem Bundestagspräsidenten zu melden. Werden entsprechende Tätigkeiten nicht gemeldet, können Versorgungsbezüge gekürzt werden.

10

Begründung

15 Die Forderung nach unabhängigen und transparent arbeitenden politischen Organen muss durch ein breites gesellschaftliches Bündnis erfolgen. Mit einer Karenzzeit von drei Jahren für PolitikerInnen und eine leicht abweichende Regelung für BeamtInnen im Ruhestand stehen wir gemeinsam mit Transparency International.

20 Ä8 Antragsteller: Gregor Möllring

In Punkt 3 „Die genaue Protokollierung aller Einflussnahme im Gesetzeserarbeitungsprozess und der jeweils vorgenommen Änderungen sowie“ streichen.

Begründung:

25 Eine genaue Protokollierung von Einflussnahme ist nicht durchführbar. Mögliche Interessengruppen sollen bereits in einem Lobbyregister erfasst werden, der mögliche Einfluss dieser Lobby-Gruppen ist also bekannt. Einflussnahme wirkt aber auch indirekt durch Medien, in BürgerInnensprechstunden, im lockeren Gespräch mit BürgerInnen auf Festen oder anderen Veranstaltungen und zu vielen anderen Gelegenheiten. Eine Protokollierung nur der offensichtlichen Einflussnahmen schafft keine Transparenz, sondern

30 im Gegenteil die Illusion von Transparenz und wirkt damit kontraproduktiv.

V4 Nie wieder Krieg!

Antragsteller_Innen: Svenja Schurade, Moritz Keppler

5

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen möge beschließen:

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert die Bundesrepublik Deutschland auf, sich nicht mehr an militärischen Interventionen jeglicher Art, noch an Kriegseinsätzen oder bewaffneten Konflikten zu beteiligen oder solche als legitimes Mittel der Politik oder als mögliche Option in der Lösung von sozialen, gesellschaftlichen oder geographischen Konflikten gelten zu lassen. Wir fordern die Bundesrepublik 65 Jahre nach dem Ende des letzten Krieges auf eigenem Territorium auf, endlich aus ihrer Geschichte zu lernen und anstelle des „verlässlichen militärischen Partners“ in der westlichen Welt und dem globalen Norden, endlich die entscheidende Rolle als Friedensmacht in der gesamten Welt einzunehmen!

15

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen stammt aus einer Bewegung, die einst pazifistischen Grundsätzen verschrieben war. Noch immer ist die Gewaltfreiheit in unserem eigenem politischen Agieren einer unserer wichtigsten Grundsätze. Nach dem unsere Mutterpartei in der Regierungsverantwortung in der rot-grünen Koalition selbst in aktueller Realpolitik die Frage nach militärischem Eingreifen, nach harten internen Auseinandersetzungen und politischem Druck von allen Seiten, positiv beantwortet hat, stellen wir die Frage nach der Legitimität militärischen Handelns heute neu. Und wir kommen zum Ergebnis einer Erneuerung des Radikalen Pazifismus! Wir wollen nicht die Selbstverständlichkeit hinnehmen, mit der mittlerweile der Einsatz der Bundeswehr in aller Welt gehandhabt wird, als wäre sie eine selbstverständliche staatliche Institution und ihr Einsatz quasi ein Standardverfahren und folgerichtig bei bestimmten Konstellationen. In diesem Zusammenhang kritisieren wir auch den Beschluss von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN aus Erfurt, in dem bestimmte Kriterien definiert wurden, bei denen ein militärisches Eingreifen gerechtfertigt wäre. Krieg ist kein Standardformular XY bei dem bestimmte Kriterien erfüllt sind und dann folgerichtig und zwangsläufig gehandelt werden müsste! Krieg ist die Entscheidung zur Eskalation und das in Kauf nehmen der eigenen Verantwortung für das Töten von Menschen. Wer die Entscheidung trifft in den Krieg zu ziehen, muss sich weiterhin der moralischen Kritik einer friedlichen Bürger_Innenschaft stellen, die den militärischen Konflikt vereiteln will! Es gibt keinen Freispruch des Gewissens post skriptum, Krieg ist nicht Frieden und wer die Armee in die Welt hinaus schickt um politische Auseinandersetzungen zu „bearbeiten“ hat den Frieden bewusst gebrochen!

30

35

Frieden ernst nehmen! Bei uns selbst anfangen!

Innenpolitisch gehen damit für die GRÜNE JUGEND Niedersachsen drei verschiedene Forderungen, neben der allgemeinen Forderung der Nichtbeteiligung an militärischen Interventionen, notwendig einher:

40

1. die Abrüstung Deutschlands incl. allen auf diesem Gebiet stationierte Waffenarsenale anderer Staaten wie z.B. hier stationierte Atomwaffen sowie den eigenen Waffenbeständen, die über das Minimum der sogenannten Landesverteidigung hinausgehen, langfristig die Abrüstung aller Waffen. Außerdem soll über ein sofortiges Rüstungsexportverbot mittelfristig die Einstellung sämtlicher Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik erreicht werden. Bestehende Infrastruktur und frei werdende Kapazitäten in der Rüstung(-industrie) sollen zum zivilen Katastrophenschutz und zur Entwicklungshilfe im Globalen Süden eingesetzt werden.

45

2. der sofortige Austritt aus der NATO und allen anderen rein militärischen Staatenbündnissen. Wir wenden uns auch explizit gegen die Lösung einer europäischen Verteidigungspolitik, da wir diese nur als eine weitere unnötige und in ihrer Wirkung

50

schädliche Möglichkeit der Aufrüstung begreifen.

3. Die Verkleinerung des stehenden Heers der Bundesrepublik auf eine Truppenstärke von unter 50.000 Personen. Dazu ein Verbot durch das Grundgesetz, die Bundeswehr außerhalb der eigenen Grenzen einzusetzen.

- 5 4. Einen innerstaatlichen Diskurs, der nicht auf Stärke und identitäre Selbsterhöhung wie im emotionalisiert-diffusen Party-Patriotismus zielt. Wir müssen uns neu verständigen über die kollektive Selbstwirksamkeit der Nation als Realisierung eines virtuellen Zusammengehörigkeitskonstrukts und seiner faktischen Ausformung als Gewaltapparat. Ziel soll dabei die Etablierung eines sichtbaren Wertemaßstabes kollektiven Handelns sein, der
10 Gewaltlosigkeit zur allgemein anerkannten Norm erhebt.

Krieg ist Terrorismus! Stopp dem Krieg!

- 15 Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen stellt sich der Idee, Terrorismus durch militärische Einsätze beenden zu wollen, entschieden entgegen. Die Idee, Menschenrechte, Demokratie, Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit mit Waffen in die Welt zu tragen, bewerten wir als
komplett absurd!

- Ein „Feind“, wie die Taliban, Al Quaida oder sonstige ideologische Zusammenschlüsse lassen sich nicht durch Gewalt beseitigen. Dieser Ansatz verkennt völlig, dass hinter diesen Organisationen Ideologien stehen. Führende Köpfe ließen sich vielleicht ermorden – was
20 nicht unser Ziel sein kann – dadurch stirbt aber eine Idee nicht aus, sondern wird gegebenenfalls noch verhärtet. Die Trennlinien zwischen Zivilbevölkerung und „Terrorist_In“ verlaufen zum Teil fließend. Wer bekennt sich wozu, wer unterstützt wen? Wo steckt Ideologie, wo eigener Vorteil dahinter? Auch Terrorismus bedient sich dem Rückhalt der Bevölkerung. Dort, wo der Rückhalt vorhanden ist, erstarken die Terrorist_Innen. Was aus
25 der einen Perspektive als Terrorismus gilt, wird auf der anderen Seite oft „Freiheitskampf“ genannt. Was ist richtig, was ist falsch?

- Die Asymetrie des Krieges macht sich ebenso in der Art der Kriegsführung bemerkbar. Es zählt nicht mehr militärische Stärke, sondern taktisch kluges Vorgehen. Mit militärischer Gewalt lässt sich ein_E „Feind_In“, die_der sich zurückzieht, aus dem Hinterhalt agiert und
30 auf die Zivilbevölkerung abzielt, nicht bekämpfen. Diese Art der Kriegsführung macht auch keinen Halt vor Ländergrenzen. Sie lässt sich schnell an alle Orte der Welt verschieben. Welchen Effekt hat in einer solchen Situation militärisches Agieren eines Staates wirklich? Krieg löst die heutigen Konflikte längst nicht, Gewalt war dazu nie in der Lage!

- Terrorismus zielt auf die Zivilbevölkerung ab. Er bedient sich bewusst der Angst der unbewaffneten Gesellschaft. Es ist jedoch ein Irrglaube, dass Krieg an der Zivilbevölkerung vorbei gehen kann! Krieg, auch wenn er auf der anderen Hälfte des Globus stattfindet und
35 weit weg scheint, betrifft die Bevölkerung mindestens ebenso wie die bewaffneten Truppen. So schätzt die Friedensforscherin Mary Kaldor¹, dass das Verhältnis zwischen zivilen Opfern und getöteten Soldat_Innen inzwischen bei 8:1 liegt. Zu Beachten bleiben auch die langfristigen Folgen wie Traumatisierung, die sich sowohl bei der Zivilbevölkerung aber auch bei den Soldat_Innen bemerkbar machen.

- Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen richtet sich klar gegen einen Krieg, der pauschal überall und dann noch gegen eine unbekannte, nicht fest definierte Gruppe geführt werden soll. Spätestens in einem Konflikt, in dem militärische Stärke offensichtlich nichts mehr
45 ausrichten kann, sollte erkannt werden, dass Gewalt und Krieg nicht Mittel zur Durchsetzung der eigenen Politik sein können.

- Auch den Krieg im Namen der Menschenrechte, für die Freiheit oder für Gerechtigkeit lehnen wir ab! Menschenrechte lassen sich nicht mit dem Militär in die Köpfe der Menschen bringen. Menschenrechte brauchen Bildung und eine Verinnerlichung der ihr zu Grunde liegenden
50 Werte. Demokratie braucht Luft zum Atmen, keinen Zwang. Wo Soldat_Innen versuchen einer Region, die zum Rückzugsort für Terrorist_Innen geworden ist, das westliche Weltbild aufzudrücken, verstehen wir dieses Handeln als ein (quasi)imperialistisches. Diese Praktik nimmt den dort lebenden Menschen die eigene Entscheidungsmacht und definiert das

1 Vergl. Mary Kaldor: neue und alte Kriege

westliche Leben als höherwertig. Wir möchten die Welt nicht durch Gewalt, sondern durch Argumente und mit Einsicht durch friedliches Agieren überzeugen. Deswegen ist unsere Erkenntnis, dass Terror nur durch Frieden, faire Perspektiven und Argumente der Nährboden entzogen werden kann.

5 Zudem erweist sich die Differenzierung zwischen Eigeninteressen und wirklich humanitär angelegten Interventionen als durchaus schwierig. Schnell werden Gründe wie Menschenrechte, Gerechtigkeit oder Demokratie vorgebracht, um Kriege zu rechtfertigen. Oftmals stehen jedoch auch Interessen an Ressourcen wie z.B. Öl oder Coltan im
10 Vordergrund. Kriege haben also nicht bloß eine humanitäre sondern auch eine geostrategische oder ressourcenkontrollierende Perspektive. Die Differenzierung voneinander fällt schwer, da Konflikte oftmals in genau diesen Gebieten schwellen.

Staatliche Gewaltmonopole in Frage stellen! Wer hat hier den Konflikt?

15 Wir sind in unseren Forderungen nach radikalem Pazifismus nicht naiv, sondern realistisch aus einem besonnenen analytischen Verständnis der strategischen Machtkonstellationen heraus, innerhalb derer Gewalt stattfinden kann. Es kommt uns auf eine Transformation dieser ineinander greifenden Dimensionen der Macht, von Wissen, kultureller Einbettung, normativer Gültigkeit und eben auch strategischem Gewaltpotential an². Unser Ziel ist eine gesellschaftliche Situation, in der Gewalt im Verhältnis zu den anderen Faktoren der Macht
20 derart delegitimiert ist, dass sie gesellschaftlich nicht mehr stattfinden kann.

Von einer solchen Situation, dessen sind wir uns bewusst, ist unsere jetzige Gesellschaftsordnung als Momentaufnahme der historischen Brüche weit entfernt. Das Gewaltmonopol des Staates hat keinesfalls als Konsequenz aus einem wie auch immer konstruierten barbarischen Naturzustand zu einer Befriedung der gesellschaftlichen
25 Verhältnisse geführt, sondern war im Gegenteil schon immer ein wesentlicher Einflussfaktor auf die sozialen Konstellationen, innerhalb derer Gewalt sich generiert hat. Der Staat als Akteur der militärischen Disziplinierung ist keine friedenschaffende Instanz! Die staatliche Gewalt ist nicht ein Antwort auf die in den sozialen Zusammenhängen grassierende Gewalt – verschiedenster Art im Übrigen – sondern eine wesentlicher Quelle einer Macht, die ihr
30 Gegenüber provoziert: der direkten Aktionsmacht (Popitz)³.

Deswegen richtet die GRÜNE JUGEND Niedersachsen als erstes ihre Forderung eines Radikalen Pazifismus an die staatlichen Akteure dieses Planeten. Ein Ausweg aus diesen
35 Kräfteverhältnissen von gegenseitiger Bedrohung durch das Gewaltpotential organisierter Gruppen, kann nur von den Instanzen ausgehen, bei denen Gewalt als legitim gilt. Nur wenn die Instanz, die sich noch im Recht begreift Gewalt anzuwenden bewusst und offensiv darauf verzichtet, kann der Zirkel von Gegengewalt und Drohpotenzialen durchbrochen werden. Nur wer sich als verletzlich zeigt, kann sein Gegenüber davon überzeugen, ihn nicht anzugreifen. Direkte Aktionsmacht ist immer ein Potential und steht immer als Möglichkeit im Raum. Die Frage ist, wie mit dieser Situation umzugehen ist: versuche ich mich zu schützen, in dem ich
40 meine eigene Aktionsmacht als Gegengewicht zu erhöhen suche? Dann habe ich damit das Spiel des auf Gewaltpotentialen beruhenden Konfliktes eröffnet. Oder ziehe ich mich besonnen zurück und reagiere so auf das Potential, wie es existentialistisch wirkt: in dem ich meine grundsätzliche Verletzlichkeit offenbare und damit die Chance auf eine Ausgestaltung eines friedlichen Zusammenlebens mit meinen Gegenübern eröffne. Dabei ist für uns klar,
45 wer dieses Verhältnis von Empathie eröffnen muss: immer die_derjenige die_der in der stärkeren Position ist! Das ist die_der Gewaltmonopolist_In, sprich der Staat. Denn die Gewalt des Staates ist nicht per se die „gute“ Gewalt. Auch sie entfaltet ihre Wirkung und hinterlässt ihre Spuren auf dem Parkett der sozialen Auseinandersetzungen.

Daher macht es für uns als GRÜNE JUGEND Niedersachsen keinen Unterschied, ob
50 jemand eine Uniform trägt oder nicht, wenn sie_er jemanden erschießt. Wer sich beim Meucheln der staatlichen Gewalt im Rücken sicher sein kann, verwirkt eher erst Recht ihre_seine moralische Definitionsmacht. Tucholski hatte Recht:

2 Vergl. hierzu u.a. Michel Foucault: Dispositive der Macht.

3 Der Begriff stammt aus: Heinrich Popitz: Phänomene der Macht

„Soldaten sind Mörder!“⁴

Schwerter zu Pflugscharen! Abhängigkeit von der Kriegsindustrie durchbrechen!

5 Gerade im Hinblick auf Kriegsökonomien hält die GRÜNE JUGEND Niedersachsen ein friedliches Agieren für unbedingt notwendig.

10 In Kriegsökonomien stellt sich die Wirtschaft auf die bewaffneten Auseinandersetzungen ein. Es kommt dabei zu einem Kreislauf, in dem einerseits der Krieg auf die Kriegsökonomie und andererseits die Kriegsökonomie auf den Krieg angewiesen ist. So genannte Rebellengruppen, Milizen oder Warlords versuchen die vorhandenen Ressourcen zu kontrollieren und damit ihren Krieg zu finanzieren. Sie nutzen die vorhandenen Rohstoffe, oftmals Diamanten, Coltan oder Öl, um sich damit auf dem Weltmarkt Geld, Waffen oder Drogen zu verschaffen. Das passiert fast immer auf kriminellern Wege.

15 Die agierende Gruppe, die die Ressourcen kontrolliert, kontrolliert das Kriegsgeschehen. Sie nutzen das auf dem Weltmarkt erlangte Geld, die Drogen und Waffen, um Soldat_Innen für ihre eigenen Zwecke zu rekrutieren – oft noch Kinder. Da andere Formen der Lebenssicherung in (Bürger_Innen-) Kriegsgebieten und Konfliktzonen schnell zum Erliegen kommen, bleibt für viele Menschen ein Ausweg nur der Verdienst als Soldat_In. Oftmals ist jedoch die wirtschaftliche Entwicklung, die es nach kapitalistischer Logik braucht, schon vor dem beginnenden Krieg oder Konflikt kaum bis gar nicht vorhanden. Offene Märkte befrieden 20 die gesellschaftlichen Konflikte nicht, sondern befördern gerade durch das Konkurrenzprinzip ökonomisch basierte Gewaltstrukturen. Diese kriegsökonomische Wirtschaftsweise integriert sich lediglich in die Logik globalisierter, lohnabhängiger Kapitalakkumulationszyklen. Auch sie ist auf Abnehmer_Innen angewiesen. So bezeichnen auch Peter Lock und Sabine Kurtenbach diese entstandene Wirtschaftsform als Schattenglobalisierung.⁵ Die Theorien 25 dazu gehen davon aus, dass diese Wirtschaftsform nur eine logische Folge der neoliberalen Öffnung der Märkte ist und dass sie sich in ihrem Kern nicht von anderen Wirtschaftsweisen unterscheidet. Ganz im Gegenteil, sie ist nur eine andere Art der Ausprägung des Kapitalismus.

30 Genau diese Entwicklung macht eine friedliche Lösung so schwierig. Das Interesse an einem Ende des Krieges sinkt, umso weiter die Wirtschaft in das Kriegsgeschehen involviert wird. Sowohl die ressourcenkontrollierende Gruppe, als auch die Soldat_Innen haben ein Interesse am Status quo. Der Krieg ist für sie zur „Arbeitsstelle“ geworden, der ihnen den Lebensunterhalt ermöglicht.

35 Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert deshalb eine ganz andere Weltwirtschaftsordnung, in der Menschen nicht aus wirtschaftlichen Zwängen zur Waffe greifen müssen!

40 Wir fordern deshalb weiterhin, in Gebieten wo die Kriegsökonomie vorherrscht auf keinen Fall mit Krieg oder Gewalt vorzugehen, da sich dies nur in die vorhandene Logik der Ökonomie fügt. Die Agierenden dort sind auf den Krieg angewiesen, sie werden sicherlich nicht aufhören, wenn ihnen Gewalt angedroht oder entgegen gebracht wird. Vielmehr würde es ihnen nur einen neuen Anlass zum Weitertragen des Kreislaufes aus Gewalt und Verwertung liefern.

45 Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert deshalb in Konfliktgebieten mit stabilen Kriegsökonomien zukunftssträchtige, friedliche Perspektiven für alle Menschen zu schaffen. Wir wollen eine Resozialisierung, Integration und Entwaffnung der Rebellengruppen. Wir wollen eine Transformation der vorhandenen militärischen Ausrichtung der Wirtschaft in eine friedliche Wirtschaft. Wir wollen die Schwerter einschmelzen und aus ihnen Werkzeug schmieden mit denen wir uns eine friedliche Zukunft bauen können.

50 Historische Verantwortung heißt: die Bedingungen der Barbarei an der Wurzel vereiteln
Deutschland ist und bleibt nach der Phase des ekstatischen Ausbruchs von Gewalt, Terror, Menschenverachtung und systematisch-willkürlicher Verfolgung und Ermordung von

4 Zitiert aus: Kurt Tucholski: Der abgesperrte Kriegsschauplatz.

5 Sabine Kurtenbach, Peter Lock: «Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität»

Millionen Opfern zwischen 1933 und 1945 das Land der Täter! Das setzt die Politik dieses Landes in eine spezielle Position in den Internationalen Beziehungen. Eine Militärmacht Deutschland ist keinem der Nachbarstaaten, die teilweise mehrfach von brutalen deutschen Schergen überfallen wurden noch zuzumuten. Polen und die Tschechische Republik, Frankreich und Luxemburg, die Niederlande und Belgien sowie Dänemark haben ein Recht sich vor einem abgerüsteten Nachbarn in friedlicher Zusammenarbeit sicher zu fühlen – und vor ihm sicher zu sein! Die Europäische Union bietet dafür den besten Rahmen. Aber auch andere Gruppen und selbst bestimmte Gesellschaften müssen sich sicher sein können, nie wieder von Deutschland angegriffen zu werden – egal unter welchen Voraussetzungen oder Begründungen: nach 1945 hat kein_E deutsche_R Soldat_In noch etwas auf einem anderen Boden als dem deutschen Staatsgebiet zu suchen!

Die Singularität der Verbrechen des Nationalsozialismus müssen unter den Bedingungen des Krieges als Kontext für eskalierte Machtkonstellationen analysiert werden, in denen totale Gewalt stattfinden konnte. Der Holocaust erreichte seinen unermesslichen und abscheulichen Hochpunkt der industriellen und am Reißbrett geplanten Vernichtung erst unter dem Kontext eines weit eskalierten imperialen Eroberungskrieges. Oft genug wird heute gerne die „Apeachment“-Keule gezogen, wenn es darum geht das Vorgehen mit militärischen Mitteln zu rechtfertigen oder als unabdingbar darzustellen. Dabei bleibt völlig ausgeblendet, dass erst die Bedingung Krieg den Völkermord möglich macht. Es war die Wehrmacht, die den ungehemmten Gewaltexzessen der Nazis den Weg frei geschossen hat, so dass sich SS und SD in einem Freiraum der eskalierten Gewalt austoben konnten. Diese Situation bleibt einzigartig in ihrem Ausmaß und ihrer spezifischen Zusammenhänge. Die allgemeine Lehre daraus ist jedoch, dass jedweder Völkermord nur unter den Bedingungen von vorausgegangenem kriegerischen Auseinandersetzungen stattfinden konnte. Der Nationalsozialismus ist kein Argument für die Bewaffnung und Wachsamkeit um eventuell „einem neuen Hitler“ die Stirn bieten zu können – so banal ein solches Verständnis der deutschen Barbarei in sich schon ist. Weder war Hitler der monokausale Grund für den Nationalsozialismus, noch ist irgendeine andere Macht mit der brachialen Brutalität des deutschen Faschismus vergleichbar: weder Milosovic noch Hussein, nicht einmal ein Kim Jong Il sind mit Hitler gleichzusetzen! Die Rolle Deutschlands mit diesem einmaligen Hintergrund kann nur die Rolle einer Friedensmacht in der Welt sein.

Der Nationalsozialismus bleibt eine Mahnung an die Welt: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus! Genau in dieser Reihenfolge! Wer noch einmal Ruanda sagt und Weltpolizei meint, dequalifiziert sich selbst im analytischen Verständnis der Bedingungen unter denen Ausufernde Vernichtungsgewalt auftreten kann. Es gibt keinen neutralen Part, der mit Gewalt einen Konflikt überwachen oder interpenetrieren kann. Jede Anwendung von Gewalt führt in den Konflikt hinein. Gerade in Ruanda in seiner postkolonialen Situation gab es keinen „neutralen Westen“ der hätte intervenieren können!

Wir nehmen die Losung von Buchenwald ernst und gehen von diesem Grundsatz aus, dass beide Elemente nur zusammen gehen:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung! Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!“

Beide Aufgaben sind fortwährende Prozesse der Auseinandersetzung und nie erreicht und abgeschlossen. Wir müssen uns ständig um eine friedliche und freie Welt bemühen und an ihr arbeiten. Wir müssen ständig Gewalt als instrumentelles Mittel der sozialen oder politischen Auseinandersetzung delegitimieren, um die Wurzeln der Barbarei zu vereiteln. Das ist gerade unsere historische Pflicht. Bomben werfen ist es nicht!

Der Weg zum Frieden: Pazifismus! Konsequenz!

Der Weg zu dieser neuen Welt des Friedens führt dabei für uns nur über einen Radikalen Pazifismus, mit dem sich die ersten Gewaltmonopolisten aus den strategischen Positionen des gegenseitig aufgebauten Gewaltpotentials entziehen und die Drohung des Gegenübers in Leere laufen lassen. Nur so kann die Situation angespannt-aufgeladener Beziehungen reell destruiert und aufgelöst werden. Dazu entwerfen wir unsere Utopie einer pazifistischen Weltbevölkerung:

wir streben diese pazifistische Weltbevölkerung ernsthaft an. Dabei ist für uns klar, dass Pazifismus ein langer Prozess ist. Frieden muss erarbeitet und gelebt werden. Um Pazifismus leben zu können braucht es langfristige Strategien, um gewaltsame Konflikte gar nicht erst entstehen zu lassen. Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert eine weltweit

5 bessere Präventivarbeit gegen aufkeimende Konfliktsituationen. Dazu gehört heute vor allem eine ganz andere Weltwirtschaftsordnung die dem Imperativ der rationalistischen Verwertungslogik um seiner selbst Willen entsagt zu Gunsten einer solidarischen, postkapitalistischen Wirtschaft, in der der Maßstab das größtmögliche Wohl nicht einer abstrakten Allgemeinheit, sondern der Ärmsten ist. Außerdem gehört dazu

10 konsequente Klimagerechtigkeit und Programme, die einem jeden Menschen ein Leben in Würde ermöglichen.

Ein weiterer elementarer Bestandteil von Frieden ist die Errichtung einer konstruktiven Konfliktkultur. Die Werte und Vorteile der Gewaltfreiheit müssen sich in Gesellschaften von innen heraus festigen und in dem Handeln und Denken der Menschen verwurzelt werden –

15 erst dann ist friedliches Agieren in Konfliktsituationen möglich.

Für uns gilt weiterhin Gandhis Erkenntnis “Es gibt keinen Weg zum Frieden, denn Frieden ist der Weg”. Genau das ist unser Weg. Auch in bereits eskalierten Konflikten fordert die GRÜNE JUGEND Niedersachsen lediglich ein gewaltfreies Eingreifen.

Das gewaltsame Durchgreifen zur Beendigung eines Konflikts ist immer nur eine

20 Scheinlösung. Das eigentliche Problem, der eigentliche Konflikt löst sich dadurch nicht! Die Ursache, die zum Ausbruch der Gewalt geführt hat, bleibt bestehen. In die meisten Gebiete, in die gewaltsam eingegriffen wurde, zeigt sich, dass der zivile Wiederaufbau stockt, da die sich bekriegenden Parteien ihre Wut und ihren Hass nicht überwunden haben. Der Konflikt schwillt unterschwellig weiter, schnell kommt es zum erneuten Ausbruch von Gewalt.

25 Wir können keinen Unterschied zwischen “guter” und “böser” Gewalt machen. Wir werden nicht die Moralkeule nach dem Motto schwingen “wir sind im Recht und deswegen ist unsere Gewalt gerechtfertigt”. Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen lehnt eine unterschiedliche Legitimation von Gewalt ab. Diese ist Ausdruck einer arroganten Lebenseinstellung, die glaubt, die Gerechtigkeit für sich gepachtet zu haben. Keine Gewalt ist jemals gerecht, denn sie versucht immer mit dem Mittel der direkten Aktionsmacht den eigenen Wertemaßstab

30 eben nicht aus sich selbst heraus, sondern durch Zwang gegenüber konstruierten Gegner_Innen und Feind_Innen durchzusetzen.

Hinzu kommt, dass sich dieser ideologischen Legitimation von Gewalt jede_R bedienen kann. Es ist immer einfach zu sagen, dass das, was erreicht werden soll die Mittel wert ist.

35 Dieser Argumentation könnten sich auch alle jeweiligen Konfliktparteien bedienen. Genau diese Rechtfertigungsregime⁶ sind es, die einen Diskurs der Legitimation von Gewalt als gerechtem Mittel ermöglicht. Wer das nicht erkennt und in distanzierter Reflexion ihre_seine eigene Perspektivität in den Konstellationen dieses Gewaltdiskurses ausmachen kann, die_der wird die normativen Dispositive der Gewalt immer wieder reproduzieren.

40 Wir begründen unseren Radikalen Pazifismus mit dem Wissen, dass Frieden erlernt werden muss. Wie soll in Regionen, in denen gewaltsames Vorgehen Alltäglichkeit ist, verdeutlicht werden, dass es bessere Methoden gibt mit Konflikten umzugehen? Dazu gehört es zu lernen, eskalierende Konflikte zu entschleunigen um so die Spirale sich hoch schaukelnder Konflikte besonnenen ohne Gewalt meistern zu können.

45 Genau den Punkt müssen wir vorleben. Wenn ein Krieg oder ein Völkermord mit Gewalt verhindert wird, bedienen wir uns grundsätzlich dem gleichen Mittel. Das wird nicht zu der Einsicht führen in Zukunft konstruktiv über Schwierigkeiten zu streiten! Es würde erneut vorführen, dass es legitim sei den eigenen Willen mit Gewalt zu erreichen. Und es würde unterstreichen, dass Gewalt das beste Mittel wäre, um eigene Ziele zu verwirklichen. Die

50 Strategie, die die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert, baut auf Vorleben und Aufzeigen von Alternativen auf. Der Pazifismus muss sich im Denken der Menschen widerspiegeln. Jeder_Jedem Einzelnen muss von selber heraus klar werden, dass für sie_ihn Vorteile daraus entstehen, wenn nicht mehr das Recht des Stärkeren besteht! Dazu braucht es ein

6 Zum Begriff vergl. Boltanski / Thevenot: Über die Rechtfertigung

- Bewusstsein über allgemeine Belange statt einer Mentalität der virtuellen Gegner_Innenschaft. Wir müssen als globale Bewohner_Innen unsere gemeinsamen Anliegen erkennen und in einem gemeinsamen politischen Diskurs die Ziele des menschlichen Handelns festsetzen. Dabei dürfen wir es nicht zulassen, dass politische
- 5 Kräfteverhältnisse sich zu ausufernden Konflikten hochschaukeln, die in verhärteten Fronten enden. Eben solches „sich unversöhnlich gegenüberstehen“ ist die strategische Voraussetzung, die Gewalt als Mittel der internationalen Auseinandersetzung immer wieder als so notwendig und zwangsläufig erscheinen lässt.
- 10 Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen setzt dem einen Imperativ der Prävention entgegen. Wo die Frage nach dem „was machst du denn wenn ...“ aufkommt, hat diese Haltung bereits versagt. Wir fangen vorher an zu fragen und stellen in den Raum: woher kommt denn der Konflikt? Wir wollen nicht von per se konflikthaften Beziehungen ausgehen, die sich in Automatismen steigern und in Gewalt enden müssen, sondern wollen anfangen zwischenmenschliche, soziale und eben auch internationale Beziehungen vorher bewusst
- 15 und aufgeklärt zu gestalten. Dazu fordern wir einen weiteren Ausbau und exponentielle Förderung einer unabhängigen Konflikt-, Kriegs- und Gewaltforschung, die nicht in militärische Apparate integriert sein darf, um die allgemeinen Dimensionen des Entstehens von gewalthaften Konflikten besser verstehen und die Symptome im Entstehen erkennen zu können.
- 20 „Returning violence for violence multiples violence, adding deeper darkness to night, already devoid of stars. Darkness can not drive out darkness. Only Light can do that. Hate can not drive out hate. Only love can do that.“
(Martin Luther King Jr.)

V5 Versammlungsfreiheit ist Grundrecht – für ein wirkliches Versammlungsgesetz!

5 AntragstellerInnen: Lia Karrasch, Patrick Drenske, Steffen Bach

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen möge beschließen:

Wir, die GRÜNE JUGEND Niedersachsen, fordern ein bürgerInnenfreundliches, libertäres
10 Versammlungsgesetz, das es allen Menschen ermöglicht, für ihre Überzeugungen auf die
Straße zu gehen und ihre Meinungen öffentlich zu vertreten. In diesem Zuge stellen wir uns
den gegenwärtigen Versuchen klar entgegen, ein restriktives und einschüchterndes
Versamlungsrecht zu etablieren, das den Grundrechten auf Versamlungs- und
Meinungsfreiheit diametral gegenübersteht.

Datenschutz ist oberstes Gebot!

15 Einer der wesentlichen Punkte eines guten Versammlungsgesetzes besteht für uns darin,
dass möglichst vielen Menschen die Anmeldung und Durchführung einer Demonstration,
einer Kundgebung oder einer sonstigen Versammlung ermöglicht werden muss. So muss der
Datenschutz sowohl bezüglich des/der AnmelderIn als auch der OrdnerInnen absolut
20 gewahrt bleiben. Eine komplette Sammlung der Daten der OrdnerInnen lehnen wir ebenso
ab wie die Möglichkeit, eineN AnmelderIn wegen „Nichteignung“ ablehnen zu können.
Die Möglichkeit, eineN OrdnerIn wegen „Nichteignung“ ablehnen zu können, soll es in
Ausnahmefällen nach eng gefassten, festen Kriterien geben. Beispielsweise muss verhindert
werden, dass vorbestrafte, gewaltbereite Neonazi-Hools als Ordner auftreten. Diese tragen
25 nicht zur Sicherstellung einer friedlichen Demonstration, sondern im Zweifel zu einer
Eskalation der Gewalt bei.

Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen!

Da, wo der Datenschutz bei den VeranstalterInnen anfängt, beginnt ebenfalls die
Verpflichtung der staatlichen Gewaltorgane, sich den DemonstrantInnen klar zu erkennen zu
geben. Wir fordern eine anonymisierte Kennzeichnung der PolizistInnen etwa über Zahlen-
30 und Buchstabencodes, die offen getragen werden müssen. Die Kennzeichnung von
Beamten ermöglicht es den DemonstrantInnen, rechtsstaatliche Mittel gegen deren
Maßnahmen einzulegen und erhöht somit das Vertrauen gegenüber der Arbeit der
Sicherheitskräfte.

Zudem fordern wir, dass ZivilpolizistInnen nicht auf Demonstrationen eingesetzt werden.
35 Dies verwässert das Selbstbestimmungsrecht der DemonstrantInnen und führt dazu, dass
sich selbst die TeilnehmerInnen derselben Demonstration misstrauisch beäugen. Die
Privatsphäre hört nicht auf, nur weil jemand demonstriert. Zudem erfüllen Zivilbeamte auf
Demonstrationen keinen Zweck, der nicht auch durch die anwesende Polizei vertreten
werden könnte.

40 Insgesamt ist es wichtig, sicherzustellen, dass die Polizei nicht mehr Daten sammelt als
unbedingt notwendig. Wir fordern, dass nur noch bei vorliegendem Straftatverdacht die
Personalien aufgenommen werden dürfen. Großflächige Personenkontrollen bei denen vor
Demos sämtliche DemonstrantInnen kontrolliert werden, sind nicht verhältnismäßig und
werden von uns abgelehnt. Ebenso muss das willkürliche Abfilmen ganzer
45 Demonstrationzüge der Vergangenheit angehören.

Zudem fordern wir ein niedersächsisches Informationsfreiheitsgesetz, welches es unter
anderem BürgerInnen ermöglicht, zu erfragen, welche Information bei der Polizei über sie
vorliegen.

Regulierungswahn gleich Versammlungsverbot!

50 Auch weitere Stellschrauben verhindern, werden sie etwas enger gedreht, wirksam
bürgerschaftliches Engagement und das freie Eintreten für die eigene Meinung: Hohe
Strafen für minimale Vergehen wie etwa das falsche Tragen der OrdnerInnen-Binde (die nur

Ordnerbinde sein darf) oder die Verwendung elektroakustischer Verstärkung bei einer zu geringen TeilnehmerInnenzahl. Ein diffuses Uniformierungsverbot, das sich selbst auf schwarze T-Shirts beziehen lässt. Sehr lang gesetzte Anmeldefristen, die kurzfristig geplante Versammlungen nur als sehr stark regulierte „Spontandemos“ möglich machen – all
5 diesen kleinen, aber wirkungsvollen „Regulierungen“ stellen wir uns grundsätzlich und kompromisslos entgegen. Welche Auflagen für Demos überhaupt möglich sind, sollte zweifelsfrei und klar geregelt sein, um Willkür der Exekutive zu verhindern.

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen ist der Ansicht, dass Versammlungen von Menschen, die der Allgemeinheit etwas mitzuteilen haben, nicht misstrauisch beäugt und möglichst im
10 Keim erstickt werden sollten. Auch Nazi-Demos zu verbieten verhindert nicht, dass sich Rassismus, Antisemitismus und Faschismus in den Köpfen mancher Menschen festsetzen. Hier ist nicht der Staat im Soll, die Versammlungen der Nazis mit restriktiven Regelungen zu verhindern, die ebenso die GegendemonstrantInnen beeinträchtigen, sondern die Zivilgesellschaft ist gefordert, sich den FaschistInnen entgegenzustellen und ihnen zu
15 zeigen, dass für ihre geschichtsvergessene Hetze kein Platz ist – egal, ob diese aus dem rechten Spektrum oder aus der sogenannten „Mitte“ kommt.

Deshalb kämpfen wir weiter für ein freiheitliches, zu Demonstrationen und Kundgebungen ermutigendes Versammlungsgesetz – ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen.

V6 Wissen was drin ist. Auch wenn es doof ist.

Antragssteller_In: GRÜNE JUGEND Göttingen

- 5 Die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen möge beschließen:
Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert eine Kennzeichnungspflicht für Produkte aller Art. Das Produkt soll auf Vorder- und Rückseite mit verschiedenen Siegeln versehen werden,
- 10 welche angeben, ob es bestimmten Richtlinien entspricht. Dabei sollen sowohl Positiv- als auch Negativkennzeichnungen verwendet werden. Die Einhaltung dieser Kriterien soll durch regelmäßige Kontrollen überprüft werden. Die verschiedenen Kriterien lauten:
- Vorderseite
Verwendung von Gentechnik (auch Futtermittel) ja - nein
- 15 Fair gehandelt – nicht fair gehandelt
Ggf. Art der Tierhaltung
Kinderarbeit ja – nein
Rückseite
Vegan – vegetarisch – fleischhaltig
- 20 Bei der Produktion, dem Transport, etc. verursachter CO2-Ausstoß
Bei der Produktion, dem Transport, etc. verbrauchtes Wasser
- Zusätzlich zu den bereits genannten Punkten wäre ein Siegel wünschenswert, das die Arbeitsbedingungen der beteiligten Arbeiter_Innen beschreibt, also ob die Personen von dem
- 25 gezahlten Lohn leben können, etc.
Des weiteren können auf der Rückseite die verschiedenen Kennzeichnungen mit Texten näher erläutert werden, z.B. kann über die Kriterien für ein Fair-Trade-Siegel informiert werden.
- 30 Lehnt ein Betrieb die Prüfung seines Produkts auf eines der vorgestellten Kriterien ab, so soll an die Stelle des Siegels ein Hinweis angebracht werden, dass der Betrieb sich der Prüfung entzogen hat. Außerdem muss ein Bußgeld o.Ä. gezahlt werden. Bei wiederholter Verweigerung der Kontrollen sollte ein Verkaufsverbot des entsprechenden Produkts angestrebt werden.
- 35 Desweiteren fordern wir auch eine Kennzeichnung der Produkte innerhalb von Restaurants, Imbissbuden, etc. nach den bereits genannten Kriterien.
- Begründung:
Die Verbraucher_Innen sollen zu bewusstem Konsum geführt werden. Insbesondere die Negativkennzeichnung von Produkten soll eine stärkere Abschreckung bewirken, diese
- 40 Produkte zu kaufen. Wenn z.B. auf Lebensmitteln deutlich sichtbar ist, dass diese gentechnisch veränderte Bestandteile enthalten oder zur Herstellung Menschen oder Tiere ausgebeutet werden, stellt dies eine viel größere Hürde beim Kauf dar, als gar keine Kennzeichnung.
- 45 Im Falle der Kennzeichnung von Eiern, welche auch eine Negativkennzeichnung beinhaltet, hat sich das Kaufverhalten der Konsument_Innen stark positiv verändert. Dieses 'Pilotprojekt' ist ein gutes Beispiel und es unterstützt die flächendeckende Kennzeichnung als zukünftigen Standard.
- 50 Ein Siegel ähnlich dem Fair-Trade-Siegel könnte bereits Anforderungen an die Arbeitsbedingungen der beteiligten Arbeiter_Innen stellen, diese wären dann allerdings recht hoch, z.B. könnten auch Infrastrukturprojekte vor Ort gefördert werden, etc. Natürlich wäre es wünschenswert, wenn alle Produkte mindestens unter solchen Bedingungen hergestellt

würden. Da dies aber noch lange nicht der Fall ist, erscheint uns eine Zwischenstufe sinnvoll, welche z.B. angibt, ob die Menschen mit ihrem Lohn unter dem Existenzminimum leben oder wieviele Stunden pro Tag gearbeitet wird. Deshalb suchen wir noch nach einem Siegel, welches die Einhaltung solcher grundlegenden Arbeiter_Innenrechte beschreibt.

5

V7

V7 Vermeidung der Abhängigkeit vom Öl – Förderung nachhaltiger Stoffe

10

Antragssteller_In: GRÜNE JUGEND Göttingen

Die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen möge beschließen:

15

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen verwendet in Zukunft bevorzugt Stoffe, zu deren Herstellung kein Öl benötigt wurde. Stattdessen soll verstärkt auf erneuerbare Rohstoffe gesetzt werden. Eine geeignete Alternative stellt beispielsweise, in Bezug auf Textilien, die Verwendung von Hanf- oder Leinentextilien (z.B. bei Fahnen des Verbandes) dar. Diese Rohstoffe sollen aus biologischem, fair gehandeltem Anbau stammen.

20

Begründung:

Im Zuge eines ökologischen und nachhaltigen Gesamtverständnisses, ist es unverantwortlich weiterhin auf die Verwendung von fossilen Stoffen wie Öl zu setzen. Nachhaltigkeit bedeutet, dass die Rohstoffe, die verwendet werden, erneuerbar sind. Das fängt schon bei den Flaggen der GRÜNEN JUGEND an und geht bis zur Verwendung von Plastikdosen und Bechern.

25

V8

30

V8 Satzungsreform 2010

Antragsteller_Innen: Lia Karrasch, Max Noll

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen möge beschließen:

35

Es soll ein LAK Satzung eingerichtet werden. Dieser LAK hat die Aufgabe, zur nächsten LMV Reformvorschläge für die niedersächsische Satzung zu erarbeiten und vorzulegen. Des weiteren möge dieser LAK einen Vorschlag einer Geschäftsordnung für die Landesmitgliederversammlung erstellen. Wenn die Satzung zur Zufriedenheit der Mitgliederversammlung reformiert worden ist, löst der LAK sich wieder auf.

40

Begründung:

<http://www2.gj-nds.de/uploads/satzung.doc>

Diese Satzung ist äußerst lückenhaft und reformbedürftig. Niedersachsen hat keine Geschäftsordnung. An dem Beispiel der Debatte über die Fristen für Satzungsänderungsanträge sieht man deutlich, dass hier dringender Reformbedarf besteht.

45

V9 Organspende-Antrag

Antragsteller_Innen: Dennis Schröter, Lennart Schröter, Dominik Stanke, Christopher Kewitz

5

Die Grüne Jugend möge beschließen:

Täglich sterben 3 Menschen in Deutschland, deren Leben durch ein Spendeorgan gerettet werden könnte. Obwohl etwa 70 % in Umfragen angeben Organe spenden zu wollen, tragen nur etwa 20 % einen Organspendeausweis. Von den verstorbenen potentiellen

10

Organspender_innen wird in der Praxis wiederum nur ein geringer Teil von den Krankenhäusern gemeldet und von diesen wiederum werden nicht alle Organe tatsächlich erfolgreich transplantiert. Heute warten etwa 12.000 Menschen in Deutschland auf eine Organtransplantation – das sind dreimal mehr Menschen, als Organe vermittelt werden können.

15

Die zu geringe Zahl der Organspenden ist vielseitig zu erklären. Die Haltung von Verstorbenen zur Organspende ist oft nur schwer ersichtlich. Liegt kein Spendenausweis mit entsprechenden Vermerken vor, müssen zunächst die Angehörige kontaktiert und befragt werden. Gerade in kleinen Krankenhäusern stehen dafür keine personellen Kapazitäten zur Verfügung. Vielen Personen ist der Aufwand zu groß, sich eigenständig einen

20

Organspendenausweis zu besorgen, insofern sie daraus keinen eigenen Nutzen ziehen können. Da es durch die Zustimmungsregelung die Norm ist, seine Organe nicht zu spenden, besteht für mensch kein Handlungsbedarf aktiv zu werden.

Durch eine Umkehrung der aktuellen Regelung hin zur Widerspruchsregelung, wäre es üblich seine Organe zu spenden. Wer dies nicht möchte (nach Umfrage ca. 30 %) müsste nun aktiv werden – und hätten einen Grund dafür.

25

Zwar ist die Refinanzierung der Organtransplantation seit 2004 je nach Entnahmefortschritt gestaffelt, sodass auch abgebrochene Transplantationen finanziell seitens der Krankenkassen abgedeckt werden, allerdings bleiben Krankenhäuser oft auf Kosten sitzen, welche dazu führen, dass Organspender_innen nicht gemeldet werden.¹ Trotz einer

30

Meldepflicht meldeten weniger als die Hälfte aller Krankenhäuser potentielle Organspender_Innen. Die Bereitschaft Organe Verstorbenen zu entnehmen ist neben einem finanziellen Risiko auch mit der Gefährdung der Reputation des Krankenhauses verbunden. Da Entnahmen oftmals nachts geschehen, fallen die Chirug_innen am nächsten Tag für weitere Operationen aus, sodass es zu Verschiebungen im Zeitplan des Krankenhauses

35

kommen kann. Der Anreiz für kleinere Krankenhäuser ist derzeit viel zu klein. Das Leid der Menschen auf der Warteliste für ein Organ ist für die Betroffenen nur eine abstrakte Größe, sodass die Priorität zunächst bei der Bekämpfung des Leides in der Notaufnahme liegt.

Die Grüne Jugend fordert daher:

40

1. Eine bessere finanzielle Unterstützung der Krankenhäuser, sodass diese alle entstehenden Kosten im Rahmen von Organtransplantationen ersetzt bekommen.

2. Eine Erklärungsregelung zur Organspendebereitschaft. Demnach soll jede_R bei der Beantragung des Personalausweises unverbindlich einen Organspendeausweis und Informationsmaterial erhalten.

45

3. Auf langfristige Sicht eine erweiterte Widerspruchsregelung. Demnach ist es legitim allen verstorbenen Menschen Organe zu entnehmen, so lange sie sich nicht zu Lebzeiten dagegen ausgesprochen haben oder Angehörige eine ablehnende Haltung des_der Verstorbenen rekonstruieren können.

Die Grüne Jugend Niedersachsen setzt sich innerverbandlich für eine Sensibilisierung des

50

Themas ein. Dies kann durch das Bereitstellen von Organspendeausweisen während

¹ Vgl. Stellungnahme des Ethikrates (S. 21)

http://www.ethikrat.org/dateien/pdf/Stellungnahme_Organmangel.pdf

Mitgliederversammlungen geschehen.

Begründung:

5 Ich halte es für zumutbar die Norm so festzulegen, dass Organe generell entnommen
werden dürfen, sollte sich der_die Betroffene_r nicht dagegen äußern. Sollte kein Dokument
vorliegen, so gilt die „erweiterte“ Regelung, wonach Angehörige den Willen rekonstruieren
sollen. Ich bin der Meinung, dass jede_R frei entscheiden sollte, was mit dem eigenen
10 Körper passiert. Aus diesem Grunde halte ich es für wichtig eine Widerspruchsregelung nicht
sofort einzuführen. Dies würde dazu führen, dass viele Menschen nicht darüber informiert
wären und sich nicht bewusst gegen eine Spende entscheiden könnten. Mit der geforderten
Erklärungsregelung, soll die Hürde genommen werden selber aktiv zu werden, um einen
Ausweis zu bekommen. Sie verhindert, dass das Thema einfach ignoriert und ausgeblendet
wird. Gegen die Widerspruchsregelung spricht, dass mensch nicht dazu gezwungen werden
15 sollte sich mit dem eigenen Lebensende beschäftigen zu müssen. In Abwägung zu dem Leid
seitens der Bedürftigen ist dies meines Erachtens zumutbar.

Ä10 zu V9

Ä10 zu V9 Änderungsantrag zum Organspende-Antrag

20 Antragsteller: Christian Gailus

Den Absatz:

„3. Auf langfristige Sicht eine erweiterte Widerspruchsregelung. Demnach ist es legitim
25 allen verstorbenen Menschen Organe zu entnehmen, so lange sie sich nicht zu Lebzeiten
dagegen ausgesprochen haben oder Angehörige eine ablehnende Haltung des_der
Verstorbenen rekonstruieren können.“

streichen und ersetzen durch:

Die GRÜNE JUGEND fordert daher:

30 3. Den Organspendeausweis in den Personalausweis zu integrieren.
Auf dem Personalausweis wird festgehalten, ob die Person einverstanden ist seine Organe
zu spenden, bzw. welche Organe.
Die dabei entstehenden Daten dürfen nur zur Anfertigung des Personalausweises benutzt
werden und müssen nach Übergabe des Personalausweises gelöscht werden.

35 Begründung:

Aus meiner Sicht greift der ursprüngliche Antrag zu sehr in die Freiheit und Würde des
einzelnen Menschen ein. Organspenden sind wichtig, dies betont der Antrag zurecht. Aber
wir dürfen hier nicht ein Verfahren wählen, welches jeden Menschen automatisch erstmal
40 zum Organspender macht. Die Überzeugung, dass jemand spenden will muss aktiv
passieren und nicht passiv sein.

In einer ähnlichen Debatte im Verbraucherschutz setzen wir uns zu recht gegen das
Verfahren des Austragens (Opt-Out) ein und fordern ein Opt-In-Verfahren (Eintragen). Das
Opt-In bedeutet, dass jedeR aktiv angeben muss, ob mensch z.B. Werbung haben will, seine
Daten gespeichert werden dürfen etc. und nicht wie beim Opt-Out, dass mensch angeben
45 muss, dass mensch keine Werbung haben will, das seine Daten nicht gesammelt und
gespeichert werden.

Ich schlage daher vor, den Organspendeausweis in den Personalausweis zu integrieren.

Dadurch muss sich auch jedeR mit dem Thema auseinandersetzen und kann seine freie
Wahl treffen, ohne Zwang. Wenn Menschen sich für die Organspende entscheiden sehr gut.
50 Wenn nicht, ist es eine freie Entscheidung. Die Änderung des Verfahrens heißt nicht, dass
wir uns nicht weiterhin dafür einsetzen sollten die Menschen davon zu überzeugen, dass
Organspenden wichtig und richtig ist.

V10 We don't need no Plastic Planet: Plastikgebrauch minimieren!

5 AntragsstellerInnen: Dominik Stanke, Armin Bernsee, Valerie Schult, Dennis Schröter, Lennart Schröter, Fabian Tschech, Christopher Kewitz

Analyse:

10 Plastikverpackungen sind allgegenwärtig. Von der Salamiverpackung bis zur Einkaufstüte bestimmt Plastik unser Leben. Dabei unterschätzen wir oft die Risiken des Plastikverbrauches. So sind in den Kunststoffen Chemikalien wie der Weichmacher DEHP¹ (in Kosmetika und Kinderspielzeugen verboten) und das zur Herstellung verwendete Bisphenol-A² enthalten, die den Hormonhaushalt des menschl. Körpers beeinflussen und potentiell krebserregend sind.

15 Doch nach dem Gebrauch der Plastikverpackung oder Tüte schmeißen wir diese meistens achtlos in den Mülleimer oder sogar in die Landschaft. Dieser verschwenderische Lebensstil hat massive Umweltverschmutzung, sowie die **Verschwendung** der knappen Ressource Öl zur Folge. In den Ozeanen schwimmen riesige Teppiche aus Plastik, sie machen ¼ der gesamten Meeresverschmutzung aus.³

20 Die extrem langlebigen Plastikteile(nach ca. 450 Jahren zersetzt) sind mittlerweile mit einer Konzentration vom 18.000 Teilen pro Quadratkilometer in den Weltmeeren vorhanden, so eine Studie des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen. Diese Teppiche binden wasserunlösliche **Gifte**. Zusammen mit dem Plastik gelangt das Gift in die Nahrungskette. Tiere wie z.B. Meeresvögel verwechseln das Plastik mit Nahrung. Durch den Verzehr und die
25 Verfütterung an ihre Küken sterben diese qualvoll⁴.
Somit greift Plastik massiv in das fragile Ökosystem der Weltmeere ein.

Die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Niedersachsen möge daher beschließen:

30 Diesen Problemen kann nur durch **radikales Recycling**, Also die Verwendung von recycelten Plastiks z.B. in Verpackungsmaterial, Plastiktüten und Plastikgeschirr begegnet werden. Um den Verbrauch von Kunststoffen zu reduzieren, bedarf es außerdem einer Abgabe auf Kunststoffe. Diese Abgabe kann z.B. in die Erforschung erdölfreier Kunststoffe, Kunststoffersatzmaterialien und besonders besser abbaubare Kunststoffe fließen. Jede
35 Plastiktüten abgebende Verkaufsstelle ist verpflichtet, die Plastiktüten nicht kostenfrei abzugeben. AnbieterInnen von Produkten und Waren in Plastikverpackungen haben diese Abgabe ebenfalls zu zahlen. Wir unterstützen dadurch die Reduktion von Plastikverpackungen und -verbrauchsgegenständen. Auch sogenannten „Portionierungen“ soll dadurch vorgebeugt werden. Zur Deckung des Restbedarfs an Verpackungsmaterialien
40 soll die Verwendung von leichter recycelbaren Materialien z.B. durch Vergünstigungen gefördert werden.

JedeR sollte das eigenen Konsumverhalten kritisch reflektieren und überlegen, ob nicht auf einige Kunststoffprodukte verzichtet werden kann.

1 http://www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/chemie/chemie_und_gesundheit/bundschwerpunkte/phthalate/

2 http://www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/chemie/chemie_und_gesundheit/bundschwerpunkte/bisphenol_a/babyschnuller/

3 <http://www.bund.net/index.php?id=5007>

4 http://www.greenpeace.de/themen/meere/kampagnen/sos_weltmeer/tour/artikel/muell_im_meer/

Ä11 zu V10 Änderungsantrag zu: We don't need no Plastic Planet

Antragsteller: Dominik Stanke

5

Den Letzten Satz:

„JedeR sollte das eigenen Konsumverhalten kritisch reflektieren und überlegen ob nicht auf einige Kunststoffprodukte verzichtet werden kann.“

Streichen und setzen durch folgenden Satz:

10 Weiterführend fordern wir auf, das Konsumverhalten im Hinblick auf Verpacken und Tragetaschen (aus Plastik) zu überdenken und zweimal überlegen, ob mensch nicht auf diese Verpackung verzichten kann und stattdessen schon erhaltenes Verpackungsmaterial wie Tüten und Taschen konsequent wieder zu benutzen!

15 Begründung:

Damit der Aspekt der Wiederverwendung von vorhandenen Plastikmaterials nochmals betont wird.

Bewerbungen

Igel - Christopher Kewitz



Christopher Kewitz

* 19. April 1989

Wohnort:

Hannover-Linden

Tätigkeit:

Azubi zum Kaufmensch im Groß- und Außenhandel

Hobbys:

Lesen
Rugby
Schwimmen
Kochen mit FreundInnen

„Grünes“:

2007 Gründung der GJ Nienburg

2010 Eintritt in den Kreisverband Nienburg – B90/Grüne

Seit Juli 2010 aktiv bei der GJ- und im Grünen Stadtverband Hannover

Politische Interessen:

Demokratie
Antirassismus
Tierrecht und Ökologie
Wirtschaft
Soziale Gerechtigkeit

E-Mail:

chr19-04@web.de

Handy:

0176 / 967 404 60

Bewerbung für den IGEL

Hallo liebe Leute,

ich bewerbe mich hiermit bei euch für einen offenen Platz in der IGEL-Redaktion der Grünen Jugend Niedersachsen. Mein Name ist Christopher, ich bin seit kurzem Wahl-Hannoveraner und Azubi im dritten Jahr. Knapp drei meiner 21 Lebensjahre bin ich bei der Grünen Jugend dabei und immer noch begeistert und aktiv bei der Sache.

Seit geraumer Zeit befasse ich mich eingehend mit den Themen Rassismus und Demokratie und bin aktives Mitglied des LAK AntiRa der GJ Niedersachsen. Außerhalb der GJ treibe ich gerne Sport und verbringe viel Zeit mit dem Lesen oder mit FreundInnen.

Im vergangenen Februar saß ich einer Sitzung der aktuellen IGEL-Redaktion bei. Die dortige Arbeit wirkte sehr positiv auf mich, daher möchte ich nun auch selber an unserer Landesmitgliederzeitung mitarbeiten und hoffe, euch in den folgenden Absätzen von meiner Motivation überzeugen zu können:

Was läuft bei uns so?

Seit meinem Eintritt in die GJ ist der IGEL das Medium der Basis gewesen. Es wird berichtet, was gerade in den Ortsgruppen unternommen wird oder einzelne Basismitglieder schreiben interessante Beiträge zum Hauptthema des Hefts. Gerade eine stärkere Rolle der Ortsgruppen im IGEL möchte ich während meiner Zeit als Redakteur bewirken. Neben dem Ortsgruppenticker gibt es zahlreiche weitere Möglichkeiten, über Aktionen und andere Neuigkeiten aus den verschiedenen Ortsgruppen, AGs und Arbeitskreisen zu berichten.

Gedruckte Demokratie und Fairness

Auch bei der Erstellung des Hefts ist die Mitentscheidung wichtig. Gerade „einschneidende“ Veränderungen, wie z.B. ein neues Layout sollten durch ein faires Verfahren von Basismitgliedern mit erarbeitet und beschlossen werden können.

Welche Erfahrungen bringe ich mit?

Die Arbeit an einer politischen Verbandszeitschrift ist zwar neu für mich, jedoch konnte ich bereits durch die Arbeit in der Abibuchredaktion meines Abschlussjahrgangs erste Erfahrungen bei der Erstellung einer Zeitschrift sammeln. Durch das Verfassen von Pressemitteilungen im Rahmen meiner alten Ortsgruppe Nienburg kann ich auch in Sachen Öffentlichkeitsarbeit auf ein paar Kenntnisse zurückgreifen.

Abschließend hoffe ich auf euer Vertrauen in mich als fähiges und motiviertes Mitglied in der neuen Redaktion. Wenn ihr noch Fragen, Anregungen oder Kritik habt, könnt ihr euch gerne bei mir melden, vorbeikommen oder mich auf der LMV ansprechen.

Bis dahin liebe Grüße,

Christopher